

**Kurzfassung des Abschlussberichts
„Solidarische Arbeitsverhältnisse“**

gefördert durch Otto-Brenner-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung

November 2015

von

Stephan Lessenich, Ute Kalbitzer, Frank Engster

Inhaltsverzeichnis

1. Die Idee des Projekts	4
2. Aufbau und Struktur des Projekts	4
3. Ablauf und Durchführung des Projekts	8
4. Die Probleme des Projekts und die Anpassungen	9
5. Inhaltliche Diskussion: Die solidarische Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse über die Zeitfrage	9
6. Der tote Punkt	13
7. Toter Punkt als Umbruch: Die Krise der gegenwärtigen Zeitökonomie und des Zeitregimes und die Umschlagpunkte	14
8. Die Überwindung des toten Punkts durch den Umschlagpunkt: Die Politisierung der Zeitfrage im Rahmen eines neuen Modus des Politischen	16
9. Die Gegenentwürfe: Arbeitszeitumverteilung, Auszeiten und soziale Infrastruktur	18
10. Zu Ebene 1 „Die Einbettung in übergreifende Strukturen“: Die Neugründung Europas und die Finanz-, Geld- und Krisenpolitik	19
Geld- und Krisenpolitik	19
Die Neugründung Europas	19
11. Zu Ebene 2 „Die Erwerbsarbeit und ihr Verhältnis zum Nicht-Erwerb“:	
Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitszeitumverteilung	21
Synchronisierungen und Abstimmungen von (Arbeits-)Zeiten	23
Auszeiten	23
Gesamtgesellschaftliche Auszeiten	25
Individuelle Auszeiten	25
Sabbaticals	25
Lebensphasenmodelle	26
12. Zu Ebene 3 „Einbettung von Erwerb und Nicht-Erwerb in die materielle Sicherung“:	
Zeitwohlstand und -autonomie durch materielle und soziale (Grund-)Sicherungen	27
Umverteilung / Rückverteilung	28
Das Bedingungslose Grundeinkommen	29
Soziale Infrastruktur	30
13. Zeitgemäße Formen eines Kampfes um die Zeit: Die (kontroverse) Intervention	36

Die Idee des Projekts

Das im Rahmen des Instituts Solidarische Moderne (ISM) konzipierte Projekt „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ verortete sich in der eigentümlichen Situation eines gesellschaftlichen Umbruchs, der angesichts der multiplen – ökonomischen, politischen, ökologischen und sozialen – Krisen ansteht und dessen Zeit mit der Erschöpfung und Delegitimierung neoliberaler Wirtschaftspolitik und der Finanzkrise gekommen schien – der aber nicht eintritt. Um Möglichkeit und Notwendigkeit dieses Umbruchs im zentralen und zurzeit wieder stärker umkämpften Bereich der Arbeitsverhältnisse genauer zu bestimmen, hat das Projekt einen Freiraum geschaffen, in dem kritisches Denken und Handeln in den Feldern von Wissenschaft und Politik neu zusammenfinden konnten, um nach Möglichkeiten einer solidarischen Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse zu suchen.

Aufbau und Struktur des Projekts

Gemäß der Idee des Projekts, die Diskussion als langfristigen Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik anzulegen, wurden vier unterschiedliche Diskussionsgruppen zusammengestellt: „Wissenschaft“, „Politik“, „Grenzgänger_innen“ und „Historisches Gedächtnis“ (DG_GG), ergänzt um die situativ hinzugezogene Gruppe „Externes Wissen“. Die Diskussionsgruppen bestanden aus jeweils 8-16 Personen, die, moderiert und begleitet von einer Moderationsgruppe, über einen Zeitraum von zwei Jahren in regelmäßigen Treffen einen wissenschaftlich fundierten, die Theorie-Praxis-Spaltung überbrückenden Entwurf solidarischer Arbeitsverhältnisse entwickeln sollten.

Das Projekt war in vier jeweils auf die Dauer von vier bis sechs Monaten angelegte Teilprojekte aufgeteilt:

0.) Dem Projekt vorgeschaltet war das Vorprojekt, das der inhaltlichen und methodischen Selbstverständigung sowie der Vorbereitung des Projekts diente.

- 1.) Im Teilprojekt 1 „Verständigung erzielen“ stand die gemeinsame Verständigung über das Thema „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ sowie der Einstieg in das Dialogverfahren zwischen Wissenschaft und Politik an.
- 2.) Im Anschluss wurden im Teilprojekt 2 „Dialog herstellen“ dann auch die Probleme und möglichen Blockaden des interdisziplinären Dialogs thematisiert, um die verschiedenen Zugänge zu einer gemeinsam geteilten Bestimmung des Gegenstandes „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ und möglicher Gestaltungsentwürfe zusammenzuführen.
- 3.) Im Teilprojekt 3 „Gestaltungsentwurf entwickeln“ wurden Entwürfe einer solidarischen Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse formuliert.
- 4.) Und im Teilprojekt 4 erfolgte der Grenzgang zwischen auf der einen Seite den alternativen Gestaltungsvorschlägen, die in der wissenschaftlichen Diskussion gewonnen und in Teilprojekt 3 formuliert wurden, und auf der anderen Seite den systematischen Überlegungen zu ihrer politischen Praktikabilität und Umsetzbarkeit.
- 5.) In der ursprünglichen Projekt-Konzeption waren fünf Teilprojekte vorgesehen. Das Projekt sollte im letzten Teilprojekt 5 mit der Diskussion konkreter Realisierungsmöglichkeiten und politischer Mobilisierungs- und Umsetzungsstrategien schließen. In ihr sollen die Ergebnisse des Projekts Eingang finden in die Herkunftsorganisa-

tionen der Beteiligten, in die beteiligten Stiftungen, in das Institut Solidarische Moderne und allgemein in die wissenschaftliche und politische Öffentlichkeit. In dieser letzten Phase befindet sich das Projekt zurzeit.

Der aktuelle Diskussionsstand wurde im Projekt durchgehend über Aufschlagpapiere, Protokolle und kleine Einführungen durch die Moderationsgruppe sowohl vermittelt als auch weitergeführt und gesichert, zudem wurden nach Abschluss jedes Teilprojekts ausführliche Zwischenberichte erstellt. Dadurch war das Dialogische, das im Projekt im Mittelpunkt stand, allerdings stark auf die Moderationsgruppe angewiesen.

Die Mitglieder der einzelnen Diskussionsgruppen

Die Diskussionsgruppen waren ebenso prominent wie zahlenmäßig gut besetzt, um über die gesamte Dauer die bei langfristigen Projekten übliche Tendenz des Abbröckelns auffangen und einen festen, aber möglichst noch heterogen zusammengesetzten Kern an Diskutant_innen aufrechterhalten zu können. Hinter den pauschal bezeichneten wissenschaftlichen und politischen Bereichen der Mitglieder steht meist eine spezielle Expertise zu Arbeitsverhältnissen:

Diskussionsgruppe Wissenschaft

- Prof. Ingrid Arthus (Soziologie, Erlangen)
- Dr. Kendra Briken (Soziologie, Glasgow)
- Prof. Christian Brütt (Soziale Arbeit, Kiel)
- Prof. Sonja Buckel (Rechtswissenschaften, Kassel)
- Dr. Fritz Fiehler (Wirtschaftswissenschaften, Flensburg)
- Prof. Kerstin Jürgens (Mikrosoziologie, Kassel)
- Prof. Juliane Karakayali (Soziale Arbeit, Berlin)
- Prof. Eva Kocher (Rechtswissenschaften, Frankfurt/O.)
- Prof. Martin Kronauer (Wirtschaft und Recht, HWR Berlin)
- Prof. Steffen Lehndorff (Arbeitszeitforschung, Institut Arbeit und Qualifikation Duisburg-Essen)
- Prof. Nicol Mayer-Ahuja (Soziologie, Göttingen)
- Dr. Ingo Matuschek (Soziologie, Jena)
- Dr. Oliver Nachtwey (Soziologie, Darmstadt)
- Prof. Torsten Niechoj (VWL und Politikwissenschaft, Rhein-Waal)
- Dr. Tilman Reiz (Philosophie, Jena)
- Dr. Christian Schmidt (Philosophie, Leipzig)
- Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (MdB Grüne)
- Dr. Alexandra Wagner (Forschungsinstitut Internationale Arbeit, Berlin)

Diskussionsgruppe Politik

- Katja Dörner (MdB Grüne)
- Sven Giegold (MdEP Grüne)

Heiko Glawe (DGB Wirtschafts- und Sozialpolitik; Berlin Brandenburg)

Katja Kipping (MdB Die LINKE)

Thore Prien (Demokratie AG ISM)

Werner Rätz (Ko-Kreis Attac)

Dagmar Paternoga (Attac, "Genug für Alle")

David Salomon (Prof. für Politikwissenschaft, Siegen)

Jan Schlemmermeyer (Soziale Bewegungen, Planungskommission Die LINKE)

Ingo Siebert (August Bebel Institut)

Wolfgang Uellenberg van Dawen (Bundesvorstand Ver.di)

Carl Waßmuth (Attac und Gemeingut)

Franziska Wiethold (DGB und Ver.di)

Andrea Ypsilanti (MdL SPD)

Diskussionsgruppe Grenzgänger_innen

Dr. Andreas Aust (Referent Bundestagsfraktion Die LINKE, Arbeitsmarktpolitischer Ratschlag)

Ronald Blaschke (Netzwerk Grundeinkommen)

Prof. Ulrich Brieler (Sozialphilosophie und Referat Wissenspolitik Stadt Leipzig)

Prof. Michael Corsten (Sozialwissenschaften, Hildesheim)

Franziska Drohsel (Bundesvorsitzende JUSOS 2007-2010)

Prof. Stefanie Graefe (Gesellschaftsvergleich und sozialer Wandel, Jena)

Prof. Aliko Lavranu (Soziologie, Kreta)

Dr. Kolja Möller (Exzellenzcluster Normative Ordnungen, Frankfurt/M.)

Prof. Franz Segbers (Theologie und Sozialethik, Marburg)

Dr. Thomas Seibert (Soziale Bewegungen, Medico, ISM)

Klaus-Dieter Stork (Fachbereichsleiter Kultur Stadt Hanau)

Axel Troost (MdB, Die LINKE)

Prof. Frieder Otto Wolf (Philosophie)

Historisches Gedächtnis

Prof. Ulf Kadritzke (HWR, Berlin)

Prof. Klaus Peter Kisker (VWL, DIW Berlin)

Prof. Michael Krätke (Politische Ökonomie, Lancaster)

Prof. Günter Krause (Politische Ökonomie, Berlin)

Dr. Anke Martiny (SPD, Transparency International, ISM)

Prof. Rudi Schmidt (Soziologie, Jena)

Prof. Klaus Steinitz (Hochschule Ökonomie, Berlin)

Externe Expert_innen

Dieter Scholz (Bundesvorstand DGB, „Gute Arbeit“, Berlin)

Prof. Frank Nullmeier (Politikwissenschaften, Bremen)

Prof. Klaus Dörre (Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie, Postwachstumskolleg, Jena)

Die Moderationsgruppe (MG)

Für die Organisation des Projekts wurde eine Moderationsgruppe (MG) gebildet. Projektleitend waren Prof. Stephan Lessenich, Dr. Ute Kalbitzer und Dr. Frank Engster. Die Hauptaufgaben der Moderationsgruppe waren:

- Die Organisation und Durchführung, Moderation und Begleitung der Treffen der einzelnen Diskussionsgruppen samt Vor- und Nachbereitung sowie der individuellen Rückkopplungsgespräche
- Die Rückkopplungen zwischen den einzelnen Diskussionsgruppen und das Zusammenführen der Diskussionsgruppen
- Das Hinzuziehen weiterer Wissenschaftler_innen je nach Bedarf
- Der Besuch von thematisch einschlägigen Tagungen und Kongressen
- Die Rückkopplung mit dem Institut Solidarische Moderne und den beteiligten Stiftungen (die einen Teil dieser Aufgaben der Moderationsgruppe finanzierten)
- Die Ergebnissicherung und Dokumentation des Prozesses sowie deren Präsentation, Veröffentlichung und Verbreitung

Die drei Mitglieder des Moderationsteam brachten unterschiedliche Perspektiven und Expertisen ein, die alle für ein solches Projekt wesentlich sind und einander ergänzen sollen. Dazu kamen unterschiedliche Anbindungen an unterschiedliche Fachbereiche und politische Organisationen. Besonders hilfreich und geradezu Ausgangspunkt der Methode des Projekts waren die Vorarbeiten zu den Problemen wissenschaftlicher Politikberatung und zur Struktur eines Grenzgangs zwischen Wissenschaft und Politik, die im Rahmen der Dissertation von Ute Kalbitzer entstanden; ebenfalls produktiv waren die inhaltliche und die organisatorische Anbindung an das Postwachstumskolleg an der Uni Jena durch Stephan Lessenich.

Aufgabe der Moderationsgruppe war, stets beide Dimensionen des Projekts im Blick zu haben, sowohl die wissenschaftlich-inhaltliche als auch die methodisch-verfahrenstechnische. Vorgesehen war, dass die Moderationsgruppe vor allem die Aufgaben der Organisation, der Moderation und der Begleitung des Projekts und der Diskussionen übernimmt, die Diskussionen aber auch inhaltlich aufarbeitet und einerseits zusammenführt, andererseits zuspitzt, um Differenzen und gegensätzliche Positionen im Sinne eines offenen, aber ergebnisorientierten Dialogs anzusprechen und kontrovers auszutragen.

Die Ergebnissicherung bestand in Protokollen und in den Vorbereitungspapieren, die mit Hilfe schriftlicher und technischer Aufzeichnungen zwischen den Treffen der Diskussionsgruppen einschließlich der Workshops und der Einzel- und Rückkopplungsgespräche erstellt wurden. Die Ergebnissicherung bestand Des Weiteren in den

Schema des Projekts „Solidarische Arbeitsverhältnisse

	Phase 1	Phase 2
Phasenbezeichnung	Verständigung erzielen	Dialog herstellen
Aktivitäten der Diskussionsgruppen und Moderationsgruppe	Gegenstandsbestimmung im Rückgriff auf Ergebnisse des Vorprojekts	Dialog zwischen den Wissenschaftsdisziplinen und Großtheorien herstellen
	Verständigung über Probleme des Dialogs Wissenschaft/Politik	Strukturierung und Komplexitätsreduktion des Themenfeldes
	Einigung auf ein dialogisches Verfahren	Sammlung von disziplinären/partikularen Analysen und Problemdiagnosen
Ziele/ Ergebnisse	Gemeinsames Problemverständnis entwickeln	Dissense und Widersprüche aufzeigen. Diskursive Ordnungen analysieren und neu ordnen

Phase 3	Phase 4	Phase 5
Gestaltungsentwurf entwickeln	Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik	Politische und kulturelle Strategie
Wechselwirkungen mit angrenzenden Politikfeldern sowie Sollbruchstellen identifizieren und diskutieren	Wissenschaftliche Gestaltungsvorschläge diskutieren	Politische Strategiediskussion führen
Abgleich mit neoliberal politischen Gestaltungsoptionen (wissenschaftlich und politisch)	Wissenschaftliche Diskurse in politische Reden übersetzen	Bedingungen Möglichkeiten und Hinderungsgründe formulieren
	Politischen Gegenentwurf erarbeiten und Realisierungspotenziale prüfen	Internationale Perspektive berücksichtigen
Gemeinsamkeiten herausarbeiten Wissenschaftliche Gestaltungsvorschläge erstellen Schlüsselbegriffe entwickeln	Alternative politische Vorschläge/Entwürfe Akteur_innen einer Mosaik- Linken	Politische und kulturelle Strategie

3

Ablauf und Durchführung des Projekts

Entsprechend den zwei Dimensionen des Projekts: zum einen dem methodischen Verfahren und zum anderen dessen Inhalt, lassen sich auch die Probleme diesen beiden Bereichen zuordnen.

Die inhaltlichen Schwierigkeiten lagen in dem „toten Punkt“, auf den unten noch eingegangen wird. Die Hauptschwierigkeit organisatorischer Art betraf vor allem die Organisation regelmäßiger Treffen der Diskussionsgruppen: Der organisatorische Umfang des Projekts war für die ursprünglich geplante Durchführung zu gewaltig; er überforderte sowohl die Moderationsgruppe als auch die Beteiligten aufseiten der Diskussionsgruppen. Das größte Problem wurde ironischerweise zugleich Gegenstand des Projekts: Der chronische Zeitmangel und die mehrfachen, meist konkurrierenden Arbeitsverpflichtungen der Diskutant_innen.

Im Teilprojekt 1 fanden die Treffen zwar zunächst noch wie geplant innerhalb der einzelnen Diskussionsgruppen statt, doch da sich die Treffen der vier verschiedenen und zudem recht großen Diskussionsgruppen einerseits als unhandlich erwiesen und sich andererseits mit fortgeschrittenem Diskussionsstand eine stärkere Öffnung anbot, wurde im Teilprojekt 2 dazu übergegangen, zum einen kleinere und räumlich flexibel gehaltene Treffen und Einzelgespräche mit den Beteiligten durchzuführen und zum anderen große gemeinsame ein- und zweitägige Workshop-Tage für alle am Projekt Beteiligten zu organisieren. Diese organisatorische Anpassung war indes auch für den inhaltlichen Fortgang ertragreich: Die flexiblen Einzelgespräche ermöglichten Vertiefung und Fortgang, während die zentralen Workshops den gemeinsamen Austausch herstellten und den aktuellen Stand ergaben.

Diese organisatorisch-logistische Aufteilung des Diskussionsprozesses ergab sich aus einer wichtigen Erkenntnis, die aus der Methode des Verfahrens und aus ihrer praktischen Umsetzung gewonnen wurde. So sind zwar persönliche, regelmäßige Treffen und kontinuierliche Diskussionen, trotz der Vielfalt technischer Möglichkeiten, die heute gegeben ist, durch keine anderen Formate zu ersetzen, weil inhaltliche Selbstverständigung und Diskussionsprozesse Zeit und persönlichen Kontakt, Vertrauen und Kontinuität brauchen. Doch abgesehen von den organisatorischen Schwierigkeiten solcher regelmäßigen Treffen laufen auch die inhaltliche Nach- und Vorbereitung und die inhaltliche Verarbeitung, Auswertung und Abstimmung vor allem in der Moderationsgruppe zusammen, sodass ohnehin sich letztlich hier die Erträge des Projekts einstellen und zusammengefügt und gesichert werden müssen – daher kann, so lange diese inhaltliche Aufbereitung gesichert ist, das Zusammenspiel der Diskussionsgruppen und der Projektphasen flexibler und schlanker gehalten werden.

4

Die Probleme des Projekts und die Anpassungen

Entsprechend den zwei Dimensionen des Projekts: zum einen dem methodischen Verfahren und zum anderen dessen Inhalt, lassen sich auch die Probleme diesen beiden Bereichen zuordnen.

Die inhaltlichen Schwierigkeiten lagen in dem „toten Punkt“, auf den unten noch eingegangen wird. Die Hauptschwierigkeit organisatorischer Art betraf vor allem die Organisation regelmäßiger Treffen der Diskussionsgruppen: Der organisatorische Umfang des Projekts war für die ursprünglich geplante Durchführung zu gewaltig; er überforderte sowohl die Moderationsgruppe als auch die Beteiligten aufseiten der Diskussionsgruppen. Das größte Problem wurde ironischerweise zugleich Gegenstand des Projekts: Der chronische Zeitmangel und die mehrfachen, meist konkurrierenden Arbeitsverpflichtungen der Diskutant_innen.

Im Teilprojekt 1 fanden die Treffen zwar zunächst noch wie geplant innerhalb der einzelnen Diskussionsgruppen statt, doch da sich die Treffen der vier verschiedenen und zudem recht großen Diskussionsgruppen einerseits als unhandlich erwiesen und sich andererseits mit fortgeschrittenem Diskussionsstand eine stärkere Öffnung anbot, wurde im Teilprojekt 2 dazu übergegangen, zum einen kleinere und räumlich flexibel gehaltene Treffen und Einzelgespräche mit den Beteiligten durchzuführen und zum anderen große gemeinsame ein- und zweitägige Workshop-Tage für alle am Projekt Beteiligten zu organisieren. Diese organisatorische Anpassung war indes auch für den inhaltlichen Fortgang ertragreich: Die flexiblen Einzelgespräche ermöglichten Vertiefung und Fortgang, während die zentralen Workshops den gemeinsamen Austausch herstellten und den aktuellen Stand ergaben.

Diese organisatorisch-logistische Aufteilung des Diskussionsprozesses ergab sich aus einer wichtigen Erkenntnis, die aus der Methode des Verfahrens und aus ihrer praktischen Umsetzung gewonnen wurde. So sind zwar persönliche, regelmäßige Treffen und kontinuierliche Diskussionen, trotz der Vielfalt technischer Möglichkeiten, die heute gegeben ist, durch keine anderen Formate zu ersetzen, weil inhaltliche Selbstverständigung und Diskussionsprozesse Zeit und persönlichen Kontakt, Vertrauen und Kontinuität brauchen. Doch abgesehen von den organisatorischen Schwierigkeiten solcher regelmäßigen Treffen laufen auch die inhaltliche Nach- und Vorbereitung und die inhaltliche Verarbeitung, Auswertung und Abstimmung vor allem in der Moderationsgruppe zusammen, sodass ohnehin sich letztlich hier die Erträge des Projekts einstellen und zusammengefügt und gesichert werden müssen – daher kann, so lange diese inhaltliche Aufbereitung gesichert ist, das Zusammenspiel der Diskussionsgruppen und der Projektphasen flexibler und schlanker gehalten werden.

5

Inhaltliche Diskussion: Die solidarische Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse über die Zeitfrage

Bereits im Vorprojekt hat sich das Projekt darauf verständigt, die Arbeitsverhältnisse nicht auf den Bereich von Erwerb und Erwerbseinkommen zu beschränken, sondern auch Reproduktionsarbeit und Formen unentlohnter (gesellschaftlicher, informeller, ehrenamtlicher, affektiver etc.) Arbeit einzubeziehen. Einigkeit bestand zwar darin, dass die Verbindung von Arbeit und Einkommen zentral für das Verständnis wie für die Kritik der

gegenwärtigen Gesellschaft bleibt, allerdings gibt es auch eine Verbindung zwischen einerseits der Auflösung der „Normalarbeitsverhältnisse“ durch ihre Deregulierung, Flexibilisierung etc. und andererseits ihrer Prekarität. Die Frage ist vielleicht sogar, ob nicht weniger diese Normalarbeitsverhältnisse in Auflösung und Prekarisierung begriffen sind, als vielmehr die Möglichkeit der einheitlichen Repräsentation der Arbeit und der Beschäftigten überhaupt. Ja, vielleicht ist sogar die Möglichkeit von ökonomischer und politischer Repräsentation, Normierung und Regulierung als solche in einer Auflösung begriffen und prekär geworden

Im Teilprojekt 1 „Verständigung erzielen“ wurde dann an der ambivalenten Beurteilung angesetzt, die im Zuge des Vorprojekts für die Jahrzehnte des Finanzkapitalismus und Neoliberalismus festgestellt wurde: Problematisch sind nicht die Individualisierung, Flexibilisierung etc. als solche, sondern der Umstand, dass sie unter neoliberalen Bedingungen geradezu ins Gegenteil umschlagen: auf individueller Ebene in Entgrenzung und Prekarität, in Überlastung, Fremdbestimmung und Unfreiheit, und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene in eine enorme Umverteilung des Reichtums bei gleichzeitiger Austeritätspolitik, in Ungleichheit und Entdemokratisierung sowie in autoritär-technokratische „Lösungen“. Entscheidend ist der Grund für diesen Umschlag. Er scheint darin zu liegen, dass die Ökonomie des Finanzkapitalismus und die Politik des Neoliberalismus der Gesellschaftlichkeit von Individualität, Autonomie und Freiheit nicht adäquat sind. Genauer gesagt sind es die gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie, denen Finanzkapitalismus und Neoliberalismus gar nicht adäquat werden können, weil sie diese Bedingungen nicht nur ideologisch leugnen, sondern auch praktisch negieren und sogar bekämpfen. Das wurde auf denjenigen gemeinsamen Nenner gebracht, der für die Suche nach einer solidarischen Umgestaltung fortan leitend war: Es geht um die „(Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung der vom Finanzkapitalismus und Neoliberalismus geleugneten und bekämpften gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle Autonomie in der Ökonomie wie in der Politik“.

Parallel zur DG_Wissenschaft haben wir im Teilprojekt 1 in den beiden Diskussionsgruppen „Politik“ und „Grenzgänger_innen“ festgestellt, dass dieser Versuch einer (Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung der gesellschaftlichen Bedingungen bereits stattfindet. Dabei wird die Eroberung und Aneignung vor allem räumlich ausgelegt: Es geht um die (Rück-)Eroberung und (Wieder-)Aneignung des – im weitesten Sinne – öffentlichen Raums.

Dieser öffentliche, gesellschaftliche Raum wird in mehrfachem Sinne politisiert:

im schlichten territorialen Sinne (von der Besetzung der Plätze über das Occupying des Territoriums bis zur

Herausforderung der Staatsmacht);

als gesellschaftliche Infrastruktur;

als das gesellschaftlich Gemeinsame im Sinne der Gemeingüter / Commons;

als virtueller Raum (immaterielle Arbeit und Wissensproduktion, Kommunikations-, Medien- und Netzpolitik, Social Media, Open Source, Big Data etc.);

als demokratischer Raum (Kämpfe um Anerkennung und bestimmte Rechte, Liquid Democracy, Fragen der Teilnahme und Teilhabe an politischen Entscheidungen und an Bildung und Informationen, Wirtschaftsdemokratie und Solidarökonomie, Share Economy usw.).

Da alle diese Kämpfe zwar auf die Wiederaneignung des öffentlichen Raums zielen und insofern der oben for-

mulierten Suche nach den „gesellschaftlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie“ entsprechen, aber, bei aller Vielfalt, das Öffentliche und Gesellschaftliche letztlich jeweils räumlich auslegen, hat das Projekt sich dafür entschieden, diese räumliche Auslegung zeitlich auszulegen. Ist nicht das Verhältnis von Arbeit und Zeit grundlegend für unsere Gesellschaft? Muss nicht auch die Zeit wie ein Common behandelt werden, vielleicht sogar wie das Gemeingut schlechthin? Und wie könnten die Arbeitsverhältnisse in Hinblick auf „die Zeitfrage“ re-politisiert werden?

Es ging allerdings weniger darum, die räumlich gehaltene Auslegung nun um die Zeit bloß zu ergänzen. Vielmehr ging es darum, unmittelbar in dieser räumlichen auch die zeitliche Dimension zu suchen und sowohl die gegenwärtigen Kritiken als auch die Umgestaltungsentwürfe in zeitlicher Hinsicht gleichsam zu reformulieren, idealerweise aus der Sicht der am Projekt Beteiligten, ihrer jeweiligen Expertise und ihren Interessen. Für diese zeitliche Auslegung der gesellschaftlichen Bedingungen sprachen neben einer Reihe inhaltlicher auch politische und strategische Gründe:

- Da die Zeit einerseits einen schlechthin universellen Charakter hat, andererseits aber nur individuell geteilt werden kann, scheint sie genau die beiden Dimensionen des Solidarischen zu erfüllen, die wir ins Verhältnis setzen wollen.

- Es bot sich an, mit dem Projekt an bereits bestehende soziale Auseinandersetzungen und politische Konflikte anzuschließen und es nicht fernab von ihnen zu verorten, jedoch ohne diese bestehenden Ansätze einfach zu ergänzen, sondern durch einen eigenständigen Beitrag oder gar durch eine Intervention zu unterstützen.

- Aufgrund des universellen und zugleich individuellen Charakters der Zeit scheint sie für eine Politisierung besonders geeignet und geradezu grenzüberschreitend in allen gesellschaftlichen Bereichen und in allen Diskussionen einsetzbar oder anschlussfähig zu sein.

- Das Thema Zeit könnte zudem helfen, die immer noch latent vorhandene Unterscheidung in eine „alte“, fordistisch geprägte, und in eine „neue“, post-fordistische Linke zu überwinden und eine Querschnittsaufgabe zu formulieren, die gerade in einer Situation der Fragmentierung und der widerstreitenden Interessen und Bedürfnisse eine gemeinsame Konstante im sozialen und politischen Raum bildet. Die Hoffnung war, insbesondere die Konfrontation zwischen erwerbsorientierten Ansätzen und der Kritik an der Erwerbszentrierung auf das ebenso gemeinsame wie neutrale Terrain „Zeit“ verlagern und hier gleichsam indirekt austragen zu können.

Es gab aber noch einen weiteren Grund dafür, die „Zeitfrage“ in den Mittelpunkt einer solidarischen Umstrukturierung zu stellen. Er wurde vor allem in der Diskussionsgruppe „Historisches Gedächtnis“ erschlossen. Hier wurde nämlich festgestellt, dass einzig der Kampf um die Zeit nicht integrierbar gewesen ist: Er ist derjenige Antagonismus in der kapitalistischen Gesellschaft, derjenige dauerhaft offene Konflikt, der sich zwar aushandeln, aber nicht endgültig stillstellen und befrieden lässt; die Zeitrage bleibt für die kapitalistische Gesellschaft zeitlos offen.

Die in Phase 1 gewonnene Formel wurde also für Phase 2 folgendermaßen um die Zeit ergänzt und präzisiert: „Was sind die gesellschaftlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie, wenn diese gesellschaftlichen Bedingungen zeitlich auszulegen sind?“

Um die Zeitfrage überhaupt fassbar und diskutierbar zu machen, wurde sie in Phase 2 „Dialog herstellen“ entlang bestimmter Unterscheidungen und Kategorien strukturiert. Dafür wurden grundlegende Unterscheidungen getroffen:

1.) Die Einbettung der Arbeitszeit in:

- eine Ökonomie der Zeit
- ein (politisches) Zeit-Regime

2.) In beiden sind bestimmte Techniken und Praktiken wirksam, welche die Zeit überhaupt erst zu einem „Gegenstand“ der ökonomischen Aneignung und In-Wert-Setzung sowie einer politischen und sozio-kulturellen Regulierung machen.

3.) Zeitökonomie und Zeitregime sowie die darin wirksamen Techniken und Praktiken lassen sich entlang zweier Achsen untersuchen, der diachron-geschichtlichen und der synchron-horizontalen Zeitachse. Die diachron-geschichtliche Zeit umfasst u.a. die historischen Kämpfe um die Zeit, die vergangene und die zukünftig anstehende Entwicklung, die Tendenzen in der finanzmarktgetriebenen Zeitökonomie und im neoliberal geprägten Zeitregime und in dem, was aus den Kämpfen, Entwicklungen und Tendenzen folgt und zu erwarten ist. Die synchron-horizontale Zeitachse soll dagegen bestimmen, wie sich die aktuelle Entwicklung des Zeitregimes und der Zeitökonomie in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und besonders in den Arbeitsverhältnissen auswirkt.

4.) Die Techniken und Praktiken innerhalb der Zeitökonomie und des Zeit-Regimes lassen sich unterscheiden in:

- Die quantitative Dimension der Zeit (Fragen der Arbeitszeit-Verkürzung und Umverteilung, Möglichkeiten des Zeit-Nehmens durch Auszeiten u. Ä.).
- Die qualitative Dimension der Zeit (Fragen der inhaltlichen Bestimmung und des Gebrauchswerts von Arbeit und Zeit).
- Die Verschränkung von quantitativer und qualitativer Dimension (Fragen der Zeitsouveränität und -autonomie, des Zeitwohlstands, der Wirtschaftsdemokratie etc.).

Entlang dieser Strukturierung wurde das Verhältnis von Arbeit und Zeit diskutiert, um in Teilprojekt 3 dann Gestaltungsentwürfe zu entwickeln.

Im Teilprojekt 3 „Gestaltungsentwurf entwickeln“ wurden die gemeinsam entwickelten Kritiken und Positionen rund um das Thema Arbeit und Zeit in Richtung einer Gestaltungsperspektive diskutiert. Damit stand im Projekt eine Neuausrichtung an, da der Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik nun nicht mehr nur auf wissenschaftlich fundierte Gestaltungsentwürfe zielen sollte, sondern auch auf deren praktische Umsetzbarkeit und politische Durchsetzbarkeit. Allerdings stieß das Projekt hier auf dasjenige Problem, das überhaupt Kennzeichen unserer Epoche zu sein scheint.

Die gesellschaftliche Situation, in der sich das Projekt selbst verortet – die Situation eines Umbruchs, der ansteht, aber nicht eintritt – ergibt eine Art toten Punkt. Der tote Punkt gilt nicht nur für die Situation im Großen und das gesellschaftliche Ganze, er stellte sich auch im Projekt ein. Im Großen wie im Kleinen stößt die Gesellschaftskritik also an denselben toten Punkt: Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme treten zwar offen zutage und werden kaum ernsthaft bestritten, und es gibt allseits durchaus ein Bewusstsein für diese Probleme und Krisen und auch ein Bedürfnis und eine Bereitschaft nach (mitunter sogar grundlegender) Veränderung – aber für einen Umbruch oder eine Transformation fehlt eine Alternative. Es fehlt eine Art positiver Umkehrschub für eine große Erzählung mit mobilisierender Wirkung. Schlimmer noch, ohne eine fundierte und mobilisierungsfähige Alternative tritt nicht nur kein Umbruch ein, die sozialen und politischen Reaktionen auf die Krise fallen auch reaktionär aus. Obwohl die Entwicklung, die zur Krise von 2007/2008 führte, den Kritikern dieser Entwicklung Recht gibt und eigentlich deren Stunde gekommen sein müsste, mithin die Stunde der politischen Regulierung, der Einführung sozialer Mindeststandards, der Suche nach Alternativen zu Profit- und Wachstumszwang etc., können die Kritiker von der Situation nicht profitieren. Es gibt zwar seit 2011 eine weltweite Rückkehr des Politischen in Gestalt großer Massenproteste, angestoßen, getragen und angeführt meist von zivilgesellschaftlichen und fortschrittlichen Kräften sowie der jungen Generation und der prekarierten Mittelschicht. Doch etablieren konnten sich quer durch Europa über die Türkei bis zu den arabischen Ländern vor allem rechtspopulistische und sogar offen faschistische sowie religiöse Gruppen und Parteien. Kurz, bislang sind die politischen Reaktionen Teil der Krise, nicht ihrer Lösung.

Auch das Projekt stieß im Kleinen an diesen toten Punkt: So sehr weitgehende Einigkeit sowohl in der Kritik der aktuellen Situation als auch über die Notwendigkeit eines Umbruchs herrschte, so schwierig war die Suche nach einer grundlegenden Alternative. Indes verortete das Projekt sich nicht nur in dieser Situation eines toten Punktes, vielmehr zielte es mit der Entscheidung, die Zeitfrage für die solidarische Umgestaltung in den Mittelpunkt zu stellen, unmittelbar auf die zeitliche Dimension des toten Punktes. Denn ironischerweise liegt in dieser Situation eines toten Punktes ja bereits eine zeitliche Pointe: Mit einem gesellschaftlichen Umbruch müsste nicht nur eine neue Zeit anfangen, sondern für diesen Umbruch, für diesen Anbruch einer neuen Zeit müsste der Umgang mit der Zeit selbst neu und anders werden! Und genau für diesen neuen Umgang mit der Zeit fehlt eine ebenso wissenschaftlich fundierte wie politisch schlagkräftige und mobilisierungsfähige Idee. Nicht zuletzt darum lag die große und zugleich leitende Hoffnung des Projekts darin, dass es vielleicht in der Ökonomie der Zeit selbst oder im Zeitregime Entwicklungen gibt, in denen ein Umbruch schon angelegt ist oder die zumindest eine andere Zeitökonomie oder ein anderes Zeitregime gleichsam vorbereiten. Daher wurde im Zuge der Strukturierung und der Diskussion der Zeitfrage gezielt nach solchen Entwicklungen gesucht, die von sich aus einen Bruch mit den bestehenden Verhältnissen geradezu herausfordern.

Toter Punkt als Umbruch? Die Krise der gegenwärtigen Zeitökonomie und des Zeitregimes und die Umschlagpunkte

Auf der Suche nach einem solchen Umbruch, der in der jüngsten Entwicklung angelegt sein könnte, wurden für die Entgrenzungen und Flexibilisierungen, für die Individualisierungen und Beschleunigungen in der Zeitökonomie und im Zeitregime zumindest bereits Umschlagpunkte festgestellt. Sie könnten auf denjenigen Umbruch hinweisen, der in der allgemeinen Entwicklung selbst liegt, und sie könnten damit auch den toten Punkt überwinden, wonach ein solcher Umbruch zwar ansteht, aber nicht eintritt. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass im Zuge des Finanzkapitalismus und des Neoliberalismus in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen durchgehend kurzfristig gerechnet wurde und dass diese kurzfristigen Berechnungen langfristig nicht halten, was sie versprechen. Im Gegenteil, ebenso durchgehend scheint sich herauszustellen, dass die Maximierung von Profiten, von Ressourcenverbrauch (auch der Ressource Zeit), von Prozessen der Beschleunigung und des Wachstums etc. sich langfristig nicht unbedingt rechnen und nicht „nachhaltig“ sind oder sogar Krisen zeitigen. Sie rechnen sich langfristig nicht für das Bedürfnis nach weniger und entspannter Arbeitszeit und mehr Zeitwohlstand, sie rechnen sich nicht im Bereich des Produktiv-Schöpferischen, sie rechnen sich aber nicht zuletzt auch im schlichten ökonomischen Sinne nicht.

In der Ökonomie schien ein Umschlagpunkt schlagartig 2008 mit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise aufzubrechen (die langfristig vielleicht zu einem Umdenken beitragen wird, auch wenn sie bislang weder zu einem Wechsel in der Ökonomie noch in der Politik geführt hat). Nicht nur auf ökonomischer, auch auf politischer Ebene haben die Versprechen der neoliberalen Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse und der Märkte, des Staates und der sozialen Sicherungssysteme und überhaupt des gesamten Bereichs des Öffentlichen ebenfalls einen Punkt der Erschöpfung erreicht. Die Erschöpfung entspricht insofern einem Umschlagpunkt, als diese Umstrukturierung mittlerweile einerseits zumindest teilweise delegitimiert ist und andererseits auf eher technokratisch-autoritäre Weise und ohne die klassischen Versprechen von „Freiheit und Wohlstand für alle“ weitergeht. Schließlich gibt es auch auf der kleinteiligen Ebene der einzelnen Arbeitsprozesse, wie etwa in der Arbeits- und Betriebsorganisation und in der Personalpolitik, eine Art Umschlagpunkt, und zwar in Form eines „Neo-Taylorismus“, der auf die Unsicherheit reagiert, die durch die Entgrenzung und Flexibilisierung erzeugt wurde. Die Entgrenzungen und Flexibilisierungen ziehen auch auf der unteren Ebene der Arbeits- und Betriebsorganisation wieder bestimmte Regulierungsnotwendigkeiten nach sich, ganz wie im Großen, wo die Deregulierung und Liberalisierung des viel beschworenen „freien Marktes“ nicht zu trennen ist von seiner Durchsetzung, seiner Aufrechterhaltung und seiner Absicherung durch die Politik und den Staat – insbesondere zur Bewältigung der negativen und mitunter verheerenden sozialen Folgen. Auf der kleinteiligen Ebene der Arbeitsverhältnisse fällt die Intransparenz und Unsicherheit in der deregulierten neuen Zeitökonomie vor allem im Bereich der Gesundheit und in der Bildungs- und Wissensproduktion auf, also vor allem in den Bereichen der immateriellen Arbeit und der Dienstleistungen: Nach der tayloristischen und fordistischen Formalisierung der industriellen Arbeitsabläufe und -prozesse betrifft der Neotaylorismus heute die Formen der immateriellen Arbeiten, Dienstleistungen und Waren. Sie alle müssen, um allgemeiner Teil des Massenkonsums und bezahlbarer Teil der Reproduktionskosten zu werden, analog der klassischen stofflich-materiellen Waren des industriellen Massenkonsums als billige Massenwaren produziert werden. Nur dass im Fall der immateriellen Waren und Dienstleistungen die produzierten Waren unmittelbar an der Ware Arbeitskraft und an personenbezogenen

Dienstleistungen hängen, sodass die Rationalisierung direkt am Körper und am Individuum ansetzt. Beides, sowohl die allgemeine Unsicherheit und Prekarität in der Arbeitswelt und in überhaupt allen Lebensbereichen als auch die Notwendigkeit einer billigen Massenproduktion immaterieller Arbeiten und Dienstleistungen, beides führt dazu, dass alle Arbeitsbereiche und alle Akteur_innen dazu angehalten sind, die Unsicherheit und die billige Massenproduktion zu bewältigen und dafür diejenigen bekannten „Techniken des Selbst“ anzuwenden, die bereits die neoliberale Umstrukturierung und Individualisierung der Gesellschaft beherrschen. Der Neo-Taylorismus setzt nicht mehr, wie der klassische Taylorismus, an industrieller, standardisierter Massenproduktion mit ihren homogen gefassten Arbeits- und Produktionszeiten an, sondern an der erreichten Diversifizierung der Produktion, an ihrer toyotistischen Flexibilisierung und Verschlankung, an der Vertiefung und Differenzierung der Arbeitsteilung, an der Verlagerung von Arbeitskräften in andere Sektoren, vor allem in die genannten Bereiche immaterieller Arbeit und Dienstleistungen usw., und von hier aus sind die Umstrukturierungen und die (Neu-)Organisation und (Neu-)Ausrichtung der Zeitökonomie und des Zeitregimes zu entwickeln.

Es kam sogar die Frage auf, ob mit dem Finanzkapitalismus die Zeitökonomie und das Zeitregime nicht bereits umgeschlagen sind. Denn vor allem die Ausweitung des Kreditgeldes und der Geldmenge sowie des fiktiven Kapitals scheint Zeit von einer Zukunft zu kaufen oder besser: zu leihen, die zwar schon jetzt in die Ökonomie eingeht und wirksam wird; aber es ist unklar, ob und wie dieser Vorgriff auf die zukünftige Gegenwart in die aktuelle Gegenwart produktiv eingeht, und zwar eingeht, um eben diese vorweggenommene Zukunft noch durch eine entsprechende Verwertung und entsprechende Gewinne zu zeitigen und abzugelten – oder ob eine Entwertung und Vernichtung nicht-verwertbaren Kapitals ansteht. Das Umschlagen der Zeitökonomie bestünde dann vorerst darin, dass nicht nur das vergangene, bereits akkumulierte Kapital auf seine weitere Verwertung drängt, noch zusätzlich dazu drängt nun auch dieses durch die Techniken und Operationen im Finanzbereich ausgeweitete Kapital, das auf zukünftige Gewinne vorgreift, auf seine Verwertung. Dadurch wird nicht nur Zeit von einer Zukunft gekauft oder geliehen, die genau darum noch wird eintreten müssen. Vielmehr ist unsicher, ob das überhaupt gelingen und ob diese antizipierte Zukunft noch jemals wird eingeholt werden können – oder ob weitere krisenhafte Entwertungsschübe wie in der großen Finanzkrise von 2007/2008 bevorstehen, und mit ihnen dann ein wirkliches Kippen. In jedem Fall ist das Rechnen mit einer solch ungewissen, risikoreichen und für das Kapital gleichsam prekären Zukunft im Bereich des Finanzkapitalismus selbst zum Gegenstand der Ökonomisierung und Finanzialisierung geworden, vor allem durch die sog. Derivate. Diese Entwicklung scheint weniger auf ein Umschlagen im Sinne einer Entkopplung des Finanzmarktes von der sog. Realökonomie und einer Verselbständigung hinauszulaufen. Viel beunruhigender ist die Verbindung, die sich weiterhin zwischen beiden geltend macht und geltend machen muss, und eben diese Verbindung führt zu einem Umschlagen: Die Realökonomie wird zu einer Art abhängigen Variable des Finanzkapitalismus und zu einem Derivat der Spekulation mit ihrer eigenen zukünftigen Entwicklung. Jedenfalls bewirkt die gesamte Entwicklung, die mit dem Finanzmarktkapitalismus Einzug gehalten hat, dass die Zukunft nicht mehr in derselben Weise offen und politisch gestaltbar ist wie in früheren Zeiten – oder wie sie es ohne diese Entwicklungen sein könnte.



Die Überwindung des toten Punkts durch den Umschlagpunkt: Die Politisierung der Zeitfrage im Rahmen eines neuen Modus des Politischen

Für die Politisierung des Themas „Arbeitsverhältnisse und Zeit“ sowie für die Transformation von Gestaltungsmöglichkeiten in die Öffentlichkeit und in die praktische Umsetzung wurde die Diskussion der Zeitfrage mit der Frage nach einem „neuen Modus des Politischen“ verbunden. Das Neue könnte darin liegen, dass es analog dem Umbruch im Ökonomischen auch in den sozialen Auseinandersetzungen und in den politischen Kämpfen einen Umbruch gibt. Denn wenn das Projekt in der Ökonomie der Zeit und im Zeitregime der – im weitesten Sinne – neoliberalen Politik und finanzkapitalistischen Ökonomie nach Umbrüchen und Umgestaltungsmöglichkeiten sucht, die hier angelegt sind und vielleicht schon vorbereitet werden, dann müsste geradezu auch ein neuer Modus des Politischen mit diesen Umbrüchen einhergehen. Die post-fordistische Produktionsweise mit ihrem Aufstieg der immateriellen Arbeit und der Wissensproduktion, der Informationsverarbeitung und Vernetzung, der universellen Maschine Computer und allgemeiner der Produktion von Bedeutung durch Sprache, Programmierung und Kommunikation – diese neue Produktionsweise muss auch neue Subjektivitäten und neue Bedürfnisse, neue soziale Bewegungen und neue politische Akteur_innen hervorbringen, und genau das ließe sich womöglich zusammenfassen in einem neuen Modus des Politischen.

Der neue Modus ist in diesen Veränderungen in der Ökonomie und der Produktionsweise zunächst auf eine negative Weise angelegt und vorbereitet, nämlich indem er eine bestimmte Abkehr fördert und unterstützt: Es gibt eine umfassende Kritik und Abkehr von allen Formen repräsentativer Politik. Das betrifft auch die Abkehr von einer Politik, die auf die Produktion zentriert war und auf die Repräsentation der Arbeit und der Arbeiterklasse gezielt hatte. Stattdessen hat sich nun die Politik in die Bereiche der gesellschaftlichen und individuellen Re-Produktion verlagert und sucht hier nach Formen der aktiven Teilhabe und Teilnahme jenseits klassischer parteipolitischer Repräsentations- und Organisationsformen.

Indes ist in der bloßen Abkehr von der Repräsentation die Pointe noch gar nicht getroffen, nämlich die Wendung ins Positive. Die Wendung liegt darin, dass die Kritik an den repräsentativen Formen der Politik und die Abkehr davon auf das Politische schlechthin verweist und sich gerade in der Abkehr auf dieses Politische beruft: Das Politische ist per se nicht endgültig und nie vollkommen angemessen repräsentierbar, eben weil es das Gemeinsame und das Öffentliche ist und weil es sich nur im gemeinsamen Prozess herstellt und darin ebenso allen wie keinem gehört.

Diese Bestimmung des Politischen und die Kritik an den Formen seiner Repräsentation liegen auf einer Linie mit der Kritik an der Ökonomisierung und Finanzialisierung, Privatisierung und Kommodifizierung des Öffentlichen und der darin angelegten Leugnung und Negation des Gesellschaftlichen der Individualität und ihrer Autonomie. Die Kritik zielt in der Nicht-Repräsentierbarkeit auf das, was sich der Privatisierung, Kapitalisierung, Verwertung und Kommodifizierung letztlich von sich aus entzieht, die Kritik stellt mithin auf den „Ur-Modus“ des Politischen ab, auf die aktive Teilnahme am Gemeinsamen und Öffentlichen oder vielmehr auf dessen Herstellung selbst sowie auf dessen Verteidigung.

Es liegt nahe, dass beides, zum einen die neue post-fordistische Produktionsweise mit ihren veränderten Arbeitsformen und Produktionsmitteln und zum anderen die Abkehr von den Formen repräsentativer Politik und die Kritik an der Ökonomisierung des Öffentlichen samt der Suche nach neuen Formen – es liegt nahe, dass beides im neuen Modus des Politischen verschränkt ist. Allerdings ist der Modus gerade aufgrund dieser

Übereinstimmung unentschieden oder gar zwiespältig. Diese Zwiespältigkeit ist überhaupt den fortschrittlichen Formen der Politik und den neuen sozialen Bewegungen zu eigen: fortschrittlich-emanzipatorische Ideen und soziale Bewegungen sind stets auch Reflexionsformen und Durchsetzungsakteure derjenigen gesellschaftlichen Verhältnisse gewesen, die sie kritisierten und die sie überwinden wollten; oder vielmehr gingen sie über das Bestehende gerade dadurch hinaus, und sie erwiesen ihren fortschrittlichen Charakter gegenüber den herrschenden Bedingungen gerade dadurch, dass sie sich im Nachhinein als Momente der kapitalistischen Durchsetzungs- und Modernisierungsgeschichte rekonstruieren lassen – so hat ironischerweise ausgerechnet die Kritik oft zum Fortschritt ausgerechnet der kapitalistischen Gesellschaft beigetragen, die sie zu überwinden beanspruchte. Besonders deutlich wurde das an der Integration der Arbeiterbewegung in die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, an der inhaltlichen Überschneidung zwischen dem Auf- und Umbruch von 1968 und dem Aufstieg des neoliberalen Paradigmas oder an den Erfolgen bestimmter sozialer Bewegungen wie der Alternativ- und Umweltbewegung oder dem Feminismus.

Zusammengefasst müssen sich Initiativen wie das Projekt „Solidarische Arbeitsverhältnisse“ zurzeit im Brennpunkt des Zusammentreffens dreier politischer Entwicklungen verorten:

Es gibt eine Abkehr von Formen repräsentativer Politik und eine Hinwendung zu netzwerkartigen, anti-hierarchischen, fluiden und temporären Formen des Politischen und der Organisation.

Es gibt eine Rückkehr des Politischen, die einerseits auf die Aneignung des öffentlichen Raums, die (Rück-) Besinnung auf öffentliche Güter und auf demokratisch-solidarische Formen der Teilhabe und Teilnahme zielt und sich andererseits gegen die herrschende Politik der Privatisierung, Kommodifizierung und Finanzialisierung eben dieses gesamten Bereichs des Öffentlichen und Gemeinsamen richtet. Die Rückkehr des Politischen geht mit einer Politisierung vor allem des Re-produktionsbereichs einher, und von dieser übergreifenden Reproduktion her werden auch die Produktions- und Arbeitsverhältnisse sowie die Formen ihrer traditionellen politischen Repräsentation und Organisation einer Kritik unterzogen.

Diese neuen Formen des Politischen und der Organisation sind indes auch, bei all ihrer Kritik an den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen und bei aller Abkehr davon, deren politischer Ausdruck oder tragen auf die oben beschriebene Weise zu deren Modernisierung bei. Die neuen Formen des Politischen und der Organisation sind nicht zu trennen vom Aufstieg netzwerkartiger, temporärer, fluider Strukturen aufseiten einer Ökonomie, die vom Marktgeschehen her bestimmt und durch Finanztechniken gesteuert wird und die auf Informationsverarbeitung, Kommunikation und Programmierung, auf immaterieller Arbeit und Wissensproduktion basiert sowie auf den entsprechenden Technologien und Produktionsmitteln.

Die Idee war nun, die beiden Entwicklungen in der Zeitfrage zu verbinden: einerseits die Entwicklung und Umbrüche aufseiten der Zeitökonomie und Zeitregime mit ihren Erschöpfungen, Krisen und Umschlagpunkten und andererseits die neuen Formen des Politischen und der neuen sozialen Bewegungen mit ihrer Politisierung der gesellschaftlichen und individuellen Reproduktion.

Die Gegenwürfe: Arbeitszeitumverteilung, Auszeiten und soziale Infrastruktur

Nachdem die gesellschaftlichen Bedingungen (für die Stärkung individueller Autonomie) auf das Verhältnis von Arbeit und Zeit zugeführt worden waren, wurden diese Bedingungen in drei Ebenen unterschieden. Auf allen drei Ebenen wurden die Ansatzpunkte und die Diskussionen, die bereits in der Gesellschaft bestehen und aktuell sind, aufgegriffen, um sie für die Gestaltungsentwürfe zeitlich zu fassen und sie unter passenden Oberbegriffen zu reformulieren:

Die erste Ebene ist die Einbettung der Arbeitsverhältnisse in die übergreifenden Strukturen. Hier geht es um die Notwendigkeit der Neugründung der EU und um eine Neuausrichtung und Umorientierung der beschleunigenden, einseitig auf Wachstum und Profit ausgerichteten Zeitökonomie, wie sie durch die Mechanismen der einheitlichen Währung und Deregulierung aller Märkte, durch das Kredit-, Banken- und Finanzwesen und die Geld- und Finanzpolitik der Staaten und der EU bewirkt werden. Die Neuausrichtung ist allein schon darum notwendig, weil die krisenhaften Folgen dieser Dynamik (Finanzkrise, Refinanzierungsprobleme der Staatshaushalte, Schuldenkrise) selbst noch mit denselben Mechanismen angegangen werden. Das führt eher zu einer räumlichen und sektoriellen Verlagerung und zu einer zeitlichen Verschiebung als zu einer endgültigen Lösung und bringt zudem neue Techniken der Aneignung und Umverteilung mit sich. Sie lassen sich auf die Formel bringen: „Auf die Privatisierung der Gewinne folgt die Vergesellschaftung der Kosten und der Risiken, der Verluste und der Schulden“.

Die zweite Ebene die Erwerbsarbeit und ihr (entgrenztes) Verhältnis zum Nicht-Erwerb; hier sind die zentralen Begriffe, die im Projekt für eine solidarische Umgestaltung gefunden wurden, die Arbeitszeitumverteilung (statt Arbeitszeitverkürzung) und verschiedene Formen von individuellen und gesellschaftlichen Auszeiten (Sabbaticals, Lebensphasenmodelle usw.).

Die dritte Ebene ist die Einbettung von Erwerb und Nicht-Erwerb in die materielle Sicherheit. Hier geht es um Rückverteilung (statt Umverteilung), das bedingungslose Grundeinkommen und die soziale Infrastruktur. Durch alle drei Ebenen mit ihren Gestaltungsentwürfen zogen sich zwei gegensätzliche Herangehensweisen, die durch die jüngste Entwicklung für die aktuelle Situation geradezu herausgefordert werden: Geht es darum, bestimmte Standards und Regelungen, Einhegungen und Sicherheiten wieder einzuführen und die bestehenden zu verteidigen? Oder geht es eher um einen Umgang mit den veränderten Verhältnissen, um eine Anpassung und Suche nach neuen Formen, um die jüngste Entwicklung gleichsam nach vorne aufzulösen oder sogar noch (wie es zurzeit z.B. die philosophische Strömung des Accelerationismus fordert) zu beschleunigen oder von bestimmten Blockaden zu befreien?

Die folgenden Gestaltungsentwürfe sind keine fertigen Konzepte, sondern eher Diskussionsstände. Sie sind Ergebnis der gemeinsamen Diskussionen im Projekt, sie repräsentieren aber auch, was in der kritischen Wissenschaft, im Umfeld von „Rot-Rot-Grün“, in den Gewerkschaften und in den sozialen Bewegungen diskutiert wird.

Zu Ebene 1 „Die Einbettung in übergreifende Strukturen“: Die Neugründung Europas und die Finanz-, Geld- und Krisenpolitik

Die Neugründung Europas

Im Projekt war einhellige Meinung, dass angesichts der Ausweglosigkeit neoliberaler Politikkonzepte auf europäischer Ebene eine Art Neugründung ansteht. Als Ansätze einer Neu- und Umstrukturierung Europas wurde eine Reihe von Konzepten genannt: links-keynesianische Wende, green new deal, sozial-ökologische Transformation, europäische Ausgleichs- und Transferunion, EU als Bundesstaat, Integration aller „Illegalen“ und eine neue Asyl- und Einwanderungspolitik. Dazu kamen verschiedene Instanzen und Akteur_innen, die für solche Konzepte geschaffen oder gestärkt werden müssten (Internationalisierung der Gewerkschaften, Stärkung und Demokratisierung des EU-Parlaments, Schaffung neuer europäischer Institutionen und einer europäischen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, Stärkung sozialer Bewegungen wie Blockupy und Occupy, den Indignados und M15 – mittlerweile: Podemos – oder Wiederbelebung der Anti-Globalisierungsbewegung vor 9/11). Allerdings wurde auch betont, dass offen sei, ob 1. solche Vorschläge eine wirkliche und dauerhafte Neustrukturierung bringen könnten, ob 2. überhaupt noch ein Spielraum für z.B. eine links-keynesianische Wende da sei oder ob der Kapitalismus für eine solche Wende nicht in einer zu tiefen Strukturkrise stecke, und ob 3. das Zeitfenster dafür bereits geschlossen oder ob nicht, „positiv“ gewendet, der nächste Krisenschub abzuwarten sei.

Finanz-, Geld und Krisenpolitik

Für die Zeitökonomie und das Zeitregime, die ja besonders zu berücksichtigen sind, wenn die solidarische Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse über die Verbindung von Arbeit und Zeit führen soll, sind auf der übergreifenden europäischen und internationalen Ebene die gemeinsame Währung, das Finanz- und Bankwesen und die Geld- und Finanzpolitik, die Deregulierung und Liberalisierung der (Arbeits-, Kapital- und Waren-) Märkte sowie die Krisenpolitik maßgeblich. Die heutige Zeitökonomie und das heutige Zeitregime werden weniger, wie noch zur Hochzeit des Industriezeitalters, von den Rhythmen, den Zyklen und den „Eigenzeiten“ der Arbeits- und Produktionsprozesse her bestimmt, diese werden vielmehr auf die (Finanz-)Märkte, auf die Kursentwicklung an den Börsen, auf die Konkurrenz um Standorte und Marktanteile und auf die Logik des Shareholder Value ausgerichtet. Neben dieser neuen Ausrichtung sind die Ausweitung des Kreditsystems mit der einhergehenden Niedrigzinspolitik und die Ausweitung der Geldmenge, der Umbau des Banken- und Finanzsektors und die Deregulierung des Finanzsystems sowie der Umbau des Sozialstaats in einen aktivierenden Sozialstaat und nationalen Wettbewerbsstaat treibende und beschleunigende Kräfte, vor allem für den beständigen Wachstumszwang und die Profitmaximierung. Überhaupt sind Steuerung und Regulierung der Ökonomie, und mit ihr das politische Zeitregime, Zug um Zug vom Staat und einer keynesianischen Wirtschaftspolitik auf Markt, Börse, Aktienhandel und Finanzwesen übergegangen. Diese Entwicklung begann in den frühen 1970er Jahren mit der Erschöpfung der fordistischen Nachkriegsphase, der Auflösung des Bretton-Woods-Systems und dem Aufstieg von Finanzkapitalismus und Neoliberalismus, und die Entwicklung hat mit der Krise von 2007/2008 statt einer Umkehr einen Umbruch erfahren: Zu der genannten Umorientierung sind der Abbau und die Vermeidung von Schulden und eine massive Austeritätspolitik hinzugetreten.

Die Zeitökonomie und das Zeitregime finden seither geradezu unter diesem neuen Paradigma statt. So gewinnt neben der altbekannten „Privatisierung der Gewinne“ nun die Sozialisierung von Verlusten, Schulden und Risiken zunehmend an Bedeutung. Allerdings tragen die Vermeidung von Verlusten, Schulden und Risiken und deren Sozialisierung weniger zu einer endgültigen Lösung der Krisendynamik bei als vielmehr zu ihrer räumlichen und sektoriellen Verlagerung sowie zu ihrer zeitlichen Verschiebung und Verzögerung. So geht die krisenhafte Dynamik der Beschleunigung und die Maximierung des Verbrauchs, der Profite und des Wachstums einerseits weitgehend ungebrochen weiter, andererseits sind zusätzlich statt wirksamer Regulierungen nun Techniken der räumlichen und sektoriellen Verlagerung sowie des zeitlichen Hinauszögerns und Aufschiebens getreten, etwa durch die Steuerpolitik, bestimmte Re-regulierungen, die „Schuldenbremsen“, die Fiskal- und Haushaltspolitik oder die Politik der Troika gegenüber Krisenländern und „Schuldnerstaaten“.

Dazu kommt die Kommodifizierung und Finanzialisierung von Risiken durch den gewaltig ausgedehnten Derivatehandel.

Alles zusammengenommen: Die Neuausrichtung in der Steuerung und Regulierung ökonomischer Prozesse, die Beschleunigungen in der Zeitökonomie und im Zeitregime sowie, in Reaktion auf die krisenhaften Folgen, das Paradigma des Sparens und des Vermeidens von Schulden sowie das vor allem über Derivate betriebene Risikomanagement – all das zusammen bewirkt, dass die Zukunft nicht mehr in derselben Weise offen und politisch gestaltbar ist wie in früheren Zeiten. Ökonomie und Politik sind nicht nur durchweg kurzfristig ausgerichtet (im Bezug auf Gewinne, auf Verbrauch und auf Wachstum); in Ökonomie und Politik muss auch von einer gleichsam schon vorweggenommenen, aber genau darum unsicheren Zukunft her geplant und gehandelt werden. Mehr noch, dieses Rechnen mit einer ungewissen, risikoreichen (und für das Kapital gleichsam prekären) Zukunft ist im Bereich des Finanzkapitalismus selbst zum Gegenstand der Ökonomisierung und Finanzialisierung geworden.

Die Gegenmaßnahmen müssten im Bereich der Finanz-, Geld- und Krisenpolitik daher darauf zielen, Zeit zu gewinnen, aber ohne diesen Gewinn auf finanzkapitalistische Weise von zukünftigen Gewinnen zu erkaufen oder besser: zu leihen. Es gilt, Zeit zu gewinnen durch politische Gestaltung und ökonomische Regulierung, Zeit zu gewinnen aber auch für diese Gestaltung und Regulierung. Aufgrund der aktuellen Diskussion um die Krise und ihre Folgen gibt es vonseiten der Wissenschaft und der Politik dazu bereits eine ganze Reihe von Vorschlägen, vom Umbau des Banken- und Finanzwesens bis zur Steuerpolitik und einem anderen Umgang mit Schulden. Diese Einbettung der Arbeitsverhältnisse in das Geld- und Finanzwesen und die Vorschläge konnten im Projekt nur am Rande diskutiert und in die Zeitfrage einbezogen werden.

Die logisch wie chronologisch erste Frage beträfe die Geld- und Kreditschöpfung, die aber bereits mit dem Problem des Sparens und der Schulden zusammenhängt: Warum wird neues Geld über ein privates Bankensystem in die Ökonomie eingespeist und in Umlauf gebracht, mithin von vornherein privatisiert? Wie kann die Geldschöpfung und die Entscheidung über die Geldmenge und die Geldströme transparenter gemacht und vor allem zu einer öffentlichen Angelegenheit werden? Hier gibt es in vielen Ländern Initiativen wie die

sog. Monetative und die Einführung von Vollgeld; allerdings ist Geldkritiken und vor allem Initiativen zu einer alternativen Geldpolitik und Geldwirtschaft stets mit Vorsicht zu begegnen. Die Geldpolitik müsste jedenfalls im Zeichen des „Time is the new money“ stehen.

Vorbehaltlos unterstützt wurde dagegen die Forderung nach solidarischen Transfermechanismen innerhalb der EU jenseits der Rettungsfonds. Sie reichen von gemeinsamer Steuer- und Tarifpolitik über Haushaltsfragen und aktive Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik bis zum Umschichten der Schulden und zu Schuldenschnitten.



Zu Ebene 2 „Die Erwerbsarbeit und ihr Verhältnis zum Nicht-Erwerb“: Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitszeitumverteilung

Allgemein wurde im Projekt festgestellt, dass es in der Bevölkerung allseits das Bedürfnis gibt nach weniger Arbeit und mehr freier Zeit, und es gibt zudem allseits das Bewusstsein, dass eine Arbeitszeitverkürzung und eine Absenkung des Vollzeitstandards angesichts der anhaltenden Produktivkraftsteigerung sowie angesichts einer ungerechten Verteilung der Arbeitszeiten und -lasten eigentlich auf der Tagesordnung steht.

Ebenso allseitig ist allerdings auch die Ratlosigkeit, wie die Arbeitszeit angesichts der Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse und der allgemeinen Schwierigkeiten der politischen Repräsentation noch einheitlichen Regelungen und Normierungen unterzogen werden könnte.

Eine rein quantitative Arbeitszeitverkürzung scheint aufgrund der fortgeschrittenen und vielleicht unhintergehbaren Entgrenzung, Flexibilisierung und Individualisierung von Erwerbsarbeitsverhältnissen und aufgrund der Abhängigkeit der Arbeitszeit von anderen Faktoren schwierig zu sein. Zudem ist das Thema Arbeitszeitverkürzung aus der politischen Diskussion weitgehend verschwunden, auch und gerade bei den Gewerkschaften, die aufgrund ihrer negativen Erfahrungen Abstand von Kämpfen um Arbeitszeitverkürzungen genommen haben (und sich dabei z.T. auch auf die negativen Erfahrungen der Beschäftigten berufen; allerdings sind die Gewerkschaften engagiert in der Abwehr längerer Arbeitszeiten). Wenn gleichwohl eine rein quantitative Verkürzung von Arbeitszeit aufgrund der ständigen Produktivkraftsteigerung und der ungebremsten Wachstums- und Beschleunigungsdynamik nach wie vor ansteht und auch unabhängig von der politischen Konjunktur des Themas ökonomisch sinnvoll ist, dann muss die Aufgabe anders gestellt und anders bezeichnet werden. Im Projekt herrschte daher weitgehend Einigkeit, dass es statt um Arbeitszeitverkürzung um Arbeitszeitumverteilung gehen muss.

Die Umverteilung von Arbeitszeit müsste mit einer allgemeinen Senkung des Vollzeitstandards und mit einer Umverteilung der Arbeitszeiten und -lasten einhergehen, mithin mit einer Neuordnung des Verhältnisses von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Reproduktionstätigkeit sowie mit einer Neuordnung der Geschlechterverhältnisse.

Umfragen belegen zudem, dass gerade in Deutschland der Abstand zwischen gewünschter und tatsächlicher

Arbeitszeit im europäischen Vergleich am größten ist, und er ist wiederum bei den Frauen noch größer als bei den Männern. Auch die in der Reaktion auf die Finanzkrise eingeführten Formen der Kurzarbeit waren in der Bevölkerung erstaunlich populär.

Die Schwierigkeit auch bei einer Umverteilung statt einer bloßen Verkürzung der Arbeitszeit bleibt aber die Form der Umsetzung und Gestaltung sowie der politischen Durchsetzung. Die Ansatz- und Hebelpunkte sowie die Akteur_innen dafür sind unterschiedlich:

- Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene wären nach wie vor Staat und Gewerkschaften zuständig, etwa durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik des Staates, eine Abkehr von der Konkurrenz- und Wettbewerbsideologie, durch Strukturreformen und gesetzliche Neuregelungen. Vonseiten der Wissenschaft und der Gewerkschaften gibt es neben der Forderung „aus einem Arbeitsplatz zwei machen“ noch den Entwurf „30-Stunden-Woche für alle“. Umfragen zufolge wünschen sich die Erwerbstätigen jedenfalls 30-35 Wochenstunden, und zwar sowohl diejenigen, die darunter liegen, als auch diejenigen, die darüber liegen. Auch wenn entsprechende Regelungen wohl auf Branchenebene ansetzen und in Tarifverhandlungen ausgehandelt würden (für 2015 z.B. hat die IG Metall einen Vorstoß in diese Richtung angekündigt), würden die Regelungen auf eine Absenkung des Vollzeitstandards hinauslaufen. Das neue, SPD-geführte Bundesfamilienministerium hatte bereits eine 32-Stunden-Woche für Eltern ins Gespräch gebracht. Auch wenn diese Initiative am Widerstand der CDU gescheitert ist, so gibt es doch in Teilen der Parteien Interesse und sogar aktive Bestrebungen in Richtung einer Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung.
- Auf der Ebene der Unternehmen ist der limitierende Faktor die Personalpolitik und -bemessung; entsprechend liegt hier der Schlüssel zur Verkürzung, zur Umverteilung sowie zur Entschleunigung von Arbeitszeit. Aktuelle Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfe um bessere Personalbesetzung gibt es vor allem im Gesundheitsbereich, aber auch in Erziehung und Bildung oder in der Logistik.
- Aufseiten der sozialen Bewegungen und der Erwerbstätigen gibt es zwar ein Bewusstsein für die Situation einer allgemeinen Überlastung, und es gibt durch alle Bevölkerungsschichten und Arbeitsbereiche hindurch ein Bedürfnis nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Es gibt aber kaum sichtbare Forderungen und politische Aktivitäten. Allerdings ist die Hetze und Beschleunigung in der Arbeit – nicht nur unter den Beschäftigten – großes Thema, vor allem unter dem Schlagwort Burnout. Maßnahmen gegen Arbeitshetze und Arbeitsstress werden zurzeit z.B. in der Gewerkschaftsinitiative „Gute Arbeit“ diskutiert und in der regelrechten Streikbewegungen, die Deutschland 2015 erlebt, gefordert.

Es gibt neben der Verkürzung und der Umverteilung noch eine dritte Möglichkeit, an der quantitativen Dimension der Arbeitszeit anzusetzen, nämlich durch ihre Entschleunigung. Die Entschleunigung zielt zwar nicht unmittelbar auf die quantitative Dimension der Arbeitszeit, sondern eher auf ihre Qualität. Aber dieses Qualitative an der Arbeitszeit könnte indirekt, etwa wenn mehr Personal eingestellt würde, in die rein quantitative Umverteilung von Arbeitszeit eingehen. Diese Entschleunigung ist sicher am populärsten und steht durch Phänomene wie Beschleunigung, Stress und Burnout am stärksten in der Öffentlichkeit. Hier werden bereits eine Reihe

kleinteiliger Maßnahmen versucht, die meist an den technischen Ursachen der Beschleunigung ansetzen (z.B. Email- und Handyverbot außerhalb der Arbeitszeit oder am Wochenende).

Eine radikale, wenn auch nur indirekt wirksame Form der quantitativen Arbeitszeitumverteilung und -verkürzung wäre eine wachstumskritische Neuregelung derjenigen Bereiche, die überflüssig oder gar destruktiv sind oder als tote Kosten der kapitalistischen Produktion zur Disposition zu stellen wären (Militär, Überwachungsapparat und Sicherheitsdienste, Atomkraft, Gen-Technik). Auch wenn hier die staatliche Ebene angesprochen ist, müsste der Druck vonseiten der Beschäftigten und vor allem der Zivilgesellschaft und den sozialen Bewegungen ausgehen. Für die Rüstungsunternehmen z.B., aber auch für das zugehörige Umfeld (Forschung, militärische Infrastruktur, Bundeswehr), könnten die Konzepte der Konversion und der Diversifikation wieder aufgegriffen werden.

Synchronisierungen und Abstimmungen von (Arbeits-)Zeiten

Der Kampf um die Länge und die Entlohnung der Arbeitszeit spielt sich nicht nur zwischen den Erwerbstätigen und den Arbeitgebern ab (oder kurz, zwischen Arbeit und Kapital), es gibt auch unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse aufseiten der Erwerbstätigen, einschließlich der Erwerbslosen. Während der Kampf zwischen Arbeit und Kapital um die Arbeitszeit und ihre Entlohnung der vielleicht unversöhnliche Widerspruch schlechthin bleiben wird und insofern weder endgültig lösbar noch integrierbar ist, gilt es für die unterschiedlichen (Zeit-)Interessen aufseiten der Erwerbstätigen und Erwerbslosen demokratische Aushandlungsprozesse und Lösungen zu finden. Die Lösungen könnten vor allem in Synchronisierungen bestehen zwischen denen, die gerade arbeiten, und denen, die diese Arbeiten in Anspruch nehmen, z.B. Ladenöffnungszeiten, Dienstleistungen, Logistikbranche etc.; eine Synchronisierung könnte aber auch zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen sinnvoll sein, hier im Sinne einer Neuaufteilung und Umverteilung von Arbeit(-szeit).

Es gibt zudem eine Vielfalt von Möglichkeiten, (Arbeits-)Zeiten innerhalb der Arbeitsverhältnisse neu zu regeln sowie die Grenze von Erwerb und Nicht-Erwerb neu zu bestimmen. Die Neuregelungen und Neubestimmungen betreffen z.B. das Verhältnis von Kernbelegschaften zu Leiharbeitern und zu outgesourcten Bereichen und Zulieferern, Generationenverträge in Bezug auf Aus- und Einstiege in das Berufsleben, Übertragbarkeit von Arbeitszeitkonten bei Betriebswechsellern u. Ä. Für solche Regelungen wären Gewerkschaften und Betriebsräte erste Ansprechpartner und wohl auch die entscheidenden Akteure.

Auszeiten

Eine Form, die alle drei Dimensionen der Arbeitszeit betrifft: erstens die quantitative Verkürzung, zweitens die Umverteilung und drittens die qualitative Entschleunigung, sind Auszeiten. Unter Auszeiten lässt sich eine ganze Reihe von Vorschlägen zusammenfassen, grundsätzlich können sie aber an zwei entgegengesetzten Enden ansetzen, nämlich einerseits an der Gesellschaft und ihren Institutionen und andererseits an der individuellen (Erwerbs-)Situation.

Letztlich zielen Auszeiten zwar auf eine Arbeitszeitverkürzung, aber in Form eines aktiven Zeit-Nehmens. Sie könnten eine Antwort auf die große Frage sein, wie die Gesellschaft sich diejenige Zeit aktiv und praktisch nehmen kann, die durch die Steigerung der Produktivkraft gewonnen und die doch entzogen wird, die also weder in der Gesellschaft als ganzer noch für ihre einzelnen Mitglieder „positiv“ anwesend oder gegeben ist und zur Verfügung steht. Im Gegenteil, bislang führt diese Steigerung eher zu Wachstum und Beschleunigung, zu Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch als zu mehr freier Zeit, ja, dieses Wachstum, diese Beschleunigung und dieser Ressourcenverbrauch verbrauchen nicht nur einfach weiterhin die Ressource Zeit, sondern sie eignen sich genau diejenige Zeit an, die durch die Einsparung von Arbeitszeit und die Steigerung der Produktivkraft eigentlich gewonnen wurde. Sie eignen sich eine Zeit an, die statt als Wachstum, Beschleunigung etc. als freie Zeit zur Verfügung stehen müsste.

Wenn unsere Gesellschaft schon nicht in der Lage ist, Arbeitszeiten bewusst gesellschaftlich zu planen und kollektiv über „ihre“ Zeit zu verfügen, kann sie dann gleichwohl zumindest zeitweise kollektiv aus ihrem eigenen Zeitregime aussteigen und sich Zeit „nehmen“?

Die naheliegendste Form wären (gesetzlich) garantierte Freistellungen für bestimmte Tätigkeiten oder Anlässe und bedingungslose Auszeiten. Solche Freistellungen und Auszeiten müssten wie ein Grundrecht formalisiert werden und könnten an verschiedenen Stellen im Alltag und im Lebensverlauf einsetzen (garantierte, individuell verfügbare freie Tage, Freistellung für Bildung und politische Aktivitäten, Sabbaticals, Auszeiten und Freistellungen für Kindererziehung und Sorge-Arbeit). Kurze Freistellungen und Auszeiten werden mittlerweile dann akzeptiert, wenn sie gesellschaftlich akzeptierten Aufgaben dienen (etwa wenn das Kind krank ist oder aus der Kita abgeholt werden muss oder für dringende Fälle von Sorge-Arbeit). Entscheidend wäre aber, sie: 1. wie ein bedingungsloses Grundrecht zu formulieren und gesetzlich zu garantieren und 2. zu bezahlen, wobei der Lohnausgleich, aus Gründen der Finanzierbarkeit und um die ohnehin vorhandene Lohnspreizung nicht noch zu verschärfen, vor allem die unteren Einkommensschichten betreffen müsste.

Solche Auszeiten könnten, gerade wenn sie bedingungslos bleiben, bloße Muße-Zeiten aufwerten. Sie könnten darüber hinaus aber auch gezielt für bestimmte soziale, politische oder kulturelle Tätigkeiten eingerichtet werden und hier ebenfalls zu einer Aufwertung führen; Auszeiten entsprächen dann Freistellungen für ein allgemeines gesellschaftliches Engagement und wären der Erwerbs-Arbeitszeit gleichgestellt. Sie würden zudem einer Arbeitszeitverkürzung gleichkommen und könnten bei entsprechender Ausgestaltung die Lohnspreizung mildern und evtl. zusätzliche Beschäftigung schaffen.

Die dritte Stufe wären – nach erstens bedingungslosen Auszeiten und zweitens Auszeiten für soziales, politisches oder kulturelles Engagement – an bestimmte individuelle Zwecke oder Notwendigkeiten gebundene Auszeiten, z.B. für Sorge-Arbeit.

Alle diese Auszeiten könnten wie ein Generationenvertrag analog dem Rentensystem funktionieren, wären dann aber nicht finanzieller, sondern zeitlicher Natur.

Gesamtgesellschaftliche Auszeiten

Das große Vorbild für ebenso einheitliche wie bedingungslose Auszeiten sind religiöse Fest- und Feiertage. Sie waren Auszeiten, die sich religiöse Gemeinschaften nahmen, um gesellschaftlichen Reichtum zu verfeiern und rauschhaft zu verausgaben, sie konnten aber auch der inneren Einkehr und Askese dienen; in beiden Fällen erhielten diese besonderen Zeiten eine religiöse Bestimmung und markierten Zäsuren im Alltag. Demgegenüber machen gesetzliche Fest- und Feiertage zwar eine Säkularisierung durch, aber auch hier geht es darum, den Alltag zu unterbrechen. Unsere Gesellschaft könnte sich dadurch auszeichnen und aufgeklärt geben, solchen Auszeiten nicht nur dem Konsum des produzierten materiellen Reichtums zu widmen, sondern die (Aus-)Zeit selbst als den gesellschaftlich zu produzierenden und zu feiernden Reichtum zu begreifen und möglichst viel von diesem Reichtum zu erwirtschaften – erst dann würde die einst religiöse Bestimmung durch und durch säkularisiert. Der gesellschaftliche Charakter der Auszeiten und ihre gesetzliche Gestaltung wirken einerseits ent-individualisierend, weil sich die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit einen Freiraum einräumt; einen zeitlichen Freiraum allerdings, der andererseits weitgehend individuell gestaltet und ausgelebt werden kann – ganz im Sinne der gesuchten gesellschaftlichen Bedingungen zur Stärkung individueller Autonomie.

Individuelle Auszeiten

Eine Ebene „unter“ den gemeinsamen, gesamtgesellschaftlichen Auszeiten liegen gesetzlich garantierte oder geregelte Auszeiten wie Urlaubsansprüche, Elternzeit, Renteneintrittsalter u. Ä. Solche Auszeiten haben den Charakter einer Freistellung von der jeweiligen Erwerbsarbeit und ließen sich z.B. gestalten:

- über Lohnersatzleistungen bei Freistellungen
- Zeitfondsmodelle wie in Schweden
- demographische Tarifverträge und Zeitkonten (z.B. eine an Alter und demographische Entwicklung angepasste, innerbetriebliche Umschichtung von Einkommen und Arbeitszeiten zwischen den Beschäftigten oder innerhalb der individuellen Erwerbsbiographie)
- das Recht oder die Option auf bestimmte (Eigen-)Zeiten (Qualifikation und Weiterbildung, Elternzeiten und Kinderbetreuung, soziales Engagement, Care-Arbeit, Mußezeiten, Urlaub auch für Sozialleistungsempfänger).

Zwei besonders fortgeschrittene und ausgearbeitete Überlegungen sind Sabbaticals und Lebensphasenmodelle.

Sabbaticals

Hier ginge es um die Verallgemeinerung von Auszeiten, die zunächst in der Wissenschaft zur Forschung, zur individuellen Weiterbildung und zur persönlichen (Neu-)Orientierung eingerichtet wurden. Im Sinne dieser Idee, aber auch im Geist der ursprünglich religiösen Herkunft des „Sabbatjahrs“ geht es darum, für einen längeren Zeitraum Abstand vom Erwerbsleben zu nehmen, um sich intensiv anderen Dingen zu widmen – oder auch, um intensiv innezuhalten, und sei es präventiv zur Vorbeugung einer drohenden Überlastung. Da Sabbaticals in der Erwerbsarbeit eingebettet bleiben, sind sie ein längeres, aber befristetes Aussetzen und Unterbrechen speziell der Erwerbsarbeit mit anhaltender Entlohnung und anschließender Rückkehr. Ähnlich einem bedingungslosen Grundeinkommen wären solche verallgemeinerten Sabbaticals als bedingungslose Auszeiten zu konzipieren,

d.h. sie wären (gesetzlich) garantierte und an keine Zwecke und Aufgaben gebundene Zeitbudgets, die mit einer (evtl. verringerten) Lohnfortzahlung und einer Arbeitsplatzgarantie einhergehen müssten. Eine solche Institutionalisierung eines „Ausstiegs auf Zeit“ würde alle Unternehmen in ungefähr gleichem Maße zwingen, die Auszeiten durch das Einstellen zusätzlicher Erwerbstätiger zu ergänzen, sodass zwangsläufig neue Arbeitsplätze entstünden. Oder vielmehr würden bereits bestehende Arbeitsplätze gleichsam aufgeteilt und dadurch vermehrt, ganz im Sinne der oben angesprochenen Arbeitszeitumverteilung.

Lebensphasenmodelle

Die Lebensphasenmodelle sollen zu einer Umkehr im Verhältnis von Erwerbsarbeit und dem Privaten beitragen. Da das Private einerseits zunehmend Restgröße geworden ist, andererseits hier weiterhin und sogar in steigendem Maß die Belastungen der Erwerbsarbeit bewältigt werden, müsste die Umkehr am Verhältnis Erwerb und Nicht-Erwerb ansetzen und die Verhandlungsposition der Nicht-Erwerbszeit sowie ihre Stellung im Leben stärken. Die privaten Bedingungen der Arbeitnehmer_innen müssten in Verhandlungen über Arbeitsbedingungen in demselben Maße anspruchsberechtigt sein wie die Arbeitgeber und die Kapitaleseite. Entsprechend müsste eine „Waffengleichheit“ für Aushandlungsprozesse hergestellt werden. Die Stärkung der Verhandlungsposition und eine Neuorientierung und Neuausrichtung im Verhältnis Erwerb / Nicht-Erwerb hätten wiederum Folgen für die Personalpolitik und die Personalreserve.

Sowohl die Lebensphasenmodelle als auch die Sabbaticals kämen einer Entlinearisierung des biographischen Alterungsprozesses entgegen oder würden dessen Linearität zumindest durchbrechen, etwa wenn Auszeiten für ein Promovieren im Alter genommen oder zum Nachholen fehlender Abschlüsse genutzt werden oder wenn die modernen Reproduktionstechniken es ermöglichen, Schwangerschaften in ein höheres Alter zu verschieben. Die individuellen Freiheitsgewinne kämen dann (Zeit-)Sprüngen im Lebenslauf gleich.

Da die Erosionen und Entgrenzungen in den Erwerbsarbeitsverhältnissen zu deren Differenzierung und Vervielfältigung mit entsprechend unterschiedlichen Bedürfnissen geführt haben, müssten die Lebensphasenmodelle, so allgemeinverbindlich und gesamtgesellschaftlich sie auch angelegt sein müssten, entsprechend individuell und flexibel ausfallen. Es gibt zwar bereits eine Fülle von Regelungen in diesem individuellen Sinne, allerdings sind sie alle aus der Erwerbsarbeit abgeleitet und eben als individuelle Einzelfallregelung gestaltet. Eine echte Reform und eine tatsächliche lebensphasenspezifische Ausrichtung – die auch vom Gleichstellungsbericht der Bundesregierung gefordert wird – müsste dagegen vom Nicht-Erwerb her entworfen werden, und sie müssten insofern ent-individualisierend wirksam sein, als sie als bedingungslose Grundzeit konzipiert wird (auch wenn dieser Ausgangspunkt die konservativen Lebensnormen im Privaten und im Reproduktionsbereich und die Internalisierung neoliberaler Techniken des Selbst nicht überwinden wird. Zudem wird dadurch auch der Streit nicht entschieden, ob die Care-Arbeit auf freiwilliger Basis oder durch Professionalisierung und Kommodifizierung zu organisieren sei).

Grundsätzlich sollten Lebensphasenmodelle Zeitressourcen und -optionen so entlang der individuellen Erwerbsbiographie und dem Lebensverlauf zu Verfügung stellen, dass sie einerseits Lebensentwürfen, aber auch Lebensrisiken entgegenkommen und andererseits kollidierende Lebensphasen entschärfen (etwa wenn in der „rush-hour des Lebens“ Berufseinstieg und hoher Karrieredruck samt niedriger Bezahlung zusammenfallen mit der Familiengründung, oder wenn Berufsroutine und gute Bezahlung dann einsetzen, wenn die Kinder ohnehin aus dem Haus sind). Solche Regelungen könnten etwa Zeitkonten sein, die eine „feste Variable“ haben im Sinne eines einklagbaren Rechts auf bestimmte Eigenzeiten, die zugleich nicht eigens begründet werden müssen. Im Zuge dessen könnten die vielen auf informeller Ebene bereits getroffenen Regelungen zu offiziellen, einklagbaren Rechten werden, um die Erwerbszentrierung zurückzudrängen und anderen Bereichen (zeitlichen) Vorrang einzuräumen. Lebensphasenspezifische Regelungen sollen die individuelle Autonomie stärken, indem sie langfristige Planungen ermöglichen und wie das zeitliche Äquivalent einer materiellen Sicherheit wirken. Eine solche Verrechtlichung lebensphasenspezifischer Regelungen wäre Teil einer grundsätzlichen Transformation im Bereich der Arbeitsverhältnisse und würde doch auf einer Linie mit der ohnehin stattfindenden Flexibilisierung und Entgrenzung liegen. Sie wären also am ehesten eine der Maßnahmen, welche die jüngste Entwicklung nach „vorne“ auflösen könnte.

Genau darum wurde allerdings in den Projektdiskussionen darauf hingewiesen, dass solche lebensphasenspezifischen Modelle und Regelungen nicht zum nächsten Schritt im neoliberalen Zeitmanagement führen dürften. Die Lebensphasen sollten den Einzelnen weniger an die Erfordernisse der Erwerbsarbeit als vielmehr umgekehrt die Ökonomie an die spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen außerhalb der Erwerbsarbeit anpassen. In jedem Fall gilt es zu verhindern, dass flexible Lebensphasenmodelle das neoliberale Zeitmanagement auf die individuelle Lebenszeit ausdehnen und statt der individuellen Autonomie das unternehmerische Selbst stärken.

12

Zu Ebene 3 „Einbettung von Erwerb und Nicht-Erwerb in die materielle Sicherung“: Zeitwohlstand und -autonomie durch materielle und soziale (Grund-)Sicherungen

Die Absicherung der Arbeitsverhältnisse, und zwar gerade der zunehmenden atypischen (und selbst zur Normalität gewordenen) Arbeitsverhältnisse, war das zweite durchgehende Diskussionsthema neben den Formen der Verkürzung und Umverteilung von Arbeitszeit. Und ähnlich wie bei der Arbeitszeitverkürzung war die Frage, ob es um das Bewahren und Stärken erkämpfter, „klassischer“ Formen der sozialen Sicherung geht oder um neue Formen wie das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Das BGE setzt zwar weiterhin einen (staatlich-institutionellen) Umverteilungsmechanismus voraus, und es ist letztlich auch weiterhin auf eine finanzielle Umverteilung angewiesen, die aus der Verwertung von Arbeit und Kapital und den Erwerbsarbeitsverhältnissen gewonnen werden muss. Es zielt aber explizit auf eine teilweise Entkoppelung des Einkommens von der individuellen Erwerbsarbeit und Erwerbsbiographie.

Seit geraumer Zeit stehen sich erwerbsorientierte, auf klassische soziale Sicherungen bauende Positionen einerseits und Forderungen nach neuen Formen wie dem BGE andererseits relativ vermittlungslos gegenüber, und eine der Herausforderungen des Projekts war, die beiden Ansätze durch die zeitliche Dimension auf ein gleichsam neutrales – eben zeitliches – „Terrain“ zu verlagern. Obwohl beide Ansätze einer materiellen (Grund-) Sicherung nicht unmittelbar auf die Zeit zielen, tragen sie zur Zeitsouveränität und Zeitautonomie bei und könnten gezielt darauf ausgerichtet werden. Sie könnten sogar noch stärker als Maßnahmen zur Arbeitszeit die gesuchten gesellschaftlichen Bedingungen für individuelle (Zeit-)Autonomie herstellen. Im Folgenden werden daher ganz unterschiedliche Formen unter dem Stichwort „materielle und soziale Sicherung“ zusammengefasst.

Umverteilung / Rückverteilung

Der unstrittigste Ansatzpunkt in der Diskussion war die Notwendigkeit finanzieller Umverteilung. Allerdings hat auch hier die Diskussion einen anderen Begriff erforderlich gemacht, genau wie im Fall von Arbeitszeitverkürzung, wo der Begriff der Arbeitszeitumverteilung bevorzugt wurde: Es geht weniger um eine Umverteilung von Reichtum als vielmehr um eine Rückverteilung.

Der Begriff Rückverteilung soll zuallererst ein Bewusstsein dafür schaffen, dass jede Art von Einkommen immer schon und von vornherein das Ergebnis von gesellschaftlicher (Um-)Verteilung und von Kräfteverhältnissen ist – und kein natürliches, an sich gerechtes Primäreinkommen der verschiedenen ökonomischen Akteure, das danach erst Umverteilungsmechanismen und Aushandlungsprozessen unterzogen wird. Umverteilungen sollten nicht als Forderungen nach nachträglichen und äußerlichen Eingriffen des Staates und seiner Institutionen dargestellt werden, vielmehr legitimieren sie sich durch die ungerechte Verteilung schon auf der Ebene der Primäreinkommen; zumal wenn dieses Einkommen auf Kapitalbesitz beruht oder durch solchen Besitz begünstigt wird. Die Kritik müsste vor allem diejenigen Techniken der Aneignung und Umverteilung betreffen, die in den Jahrzehnten des Neoliberalismus und des Finanzkapitalismus durch die Finanzialisierungen und Kommodifizierungen, die Privatisierungen und die Deregulierungen, den Umbau der sozialen Sicherungssysteme und die Steuerpolitik etabliert wurden, Techniken, die oft nicht unmittelbar als Aneignungs- und Umverteilungsmechanismen durchschaubar sind, die aber in den letzten drei Jahrzehnten zu einer gewaltigen Umverteilung des Reichtums zugunsten der Kapitalbesitzer und der oberen Einkommensschichten geführt haben. Es ginge folgerichtig weniger um eine bloße Neuverteilung von Reichtum als vielmehr um eine Veränderung dieser Techniken und der Mechanismen seiner Aneignung und Verteilung, und bei der Veränderung dieser Techniken und Mechanismen ginge es wiederum um eine Steuerung und Neuausrichtung der Finanz- und Einkommensströme.

Die ebenso selbstverständliche wie unscheinbare Forderung nach einer Rückverteilung könnte also zu den Techniken der Aneignung und (Um-)Verteilung von Reichtum, Kapitalbesitz und Einkommen führen und so die bestehende Ökonomie grundsätzlicher problematisieren, als der Begriff Rückverteilung vermuten lässt. Spätestens wenn diese Mechanismen und Techniken einbezogen werden, zielt die Rückverteilung zudem indirekt auch

auf die Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Eine andere Aneignungs- und Verteilungsweise des Reichtums wirkt auch auf die Bedingungen seiner Produktion ein, und schon diese Rückverteilung allein hätte entlastende Auswirkungen auf die Zeitökonomie und die Zeitregime.

Diese radikale Form der Rückverteilung, die auf eine Veränderung der herrschenden Techniken und Mechanismen der Aneignung und Umverteilung zielt, lässt sich von zwei Seiten her und mit unterschiedlichen Akteur_innen angehen:

- Entweder ausgehend von den konkreten Kämpfen und Auseinandersetzungen und damit vielfältig und „von unten“, etwa in den jeweiligen Arbeitsverhältnissen und auf betrieblicher Ebene. Diese Auseinandersetzungen könnten auf die direkte individuelle oder kollektive Anteilnahme an den Produktionsmitteln und an Unternehmen sowie am Produktionsprozess und seinen Resultaten und Gewinnen zielen. Oder sie könnten indirekt die Privatwirtschaft in die Zuständigkeit nehmen für (ehemals) staatliche Aufgaben. Diese Formen der Rückverteilung würden zwar nicht mit der Vermögens- und Eigentumsordnung, mit der Shareholder Value-Logik und mit den Techniken der Aneignung und Umverteilung radikal brechen, sie würden aber zumindest eine Verschiebung zugunsten der Arbeitsseite bewirken, wenn auch auf eher kleinteiliger Ebene.

- Oder die Umverteilung wird von den Institutionen und vom Staat her aufgezogen und über verschiedene Steuern und Abgaben auf den produzierten Reichtum geregelt.

Die naheliegendste, aber bislang noch gar nicht erwähnte Form der Umverteilung wären schlicht höhere Löhne. Allerdings ginge es auch hier darum, sie als Rückverteilung zu thematisieren, zudem ginge es darum, sie in einen übergreifenden Kontext zu stellen. So haben sich besonders in Deutschland die Löhne und Gewinne auseinanderentwickelt, und gerade durch die Verbindung von jahrzehntelanger Lohnzurückhaltung einerseits mit einer Produktivkraftsteigerung andererseits lebt Deutschland gleichsam unter seinen Verhältnissen, sodass höhere Löhne in Deutschland entlastend wären für andere Länder, insbesondere innerhalb der EU: Höhere Löhne könnten geradezu ein Zeichen der Solidarität sein.

Die Rückverteilung sollte neben höheren Löhnen vor allem durch eine neue Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Kapitalsteuer, Spitzensteuersatz, Erbschaftssteuer) und eine Neuregelung des Banken- und Finanzsektors (s. u.) geschehen, aber auch durch Abgaben von Unternehmensanteilen und von Rechten an öffentliche Institutionen, zusammengefasst also durch eine Neuausrichtung und Neubestimmung der Geld- und Finanzströme. Welcher Weg dabei einzuschlagen ist, hängt davon ab, welche gesellschaftlichen Bedingungen gestärkt werden sollen und wofür der gesellschaftliche Reichtum und seine Umverteilung dienen sollen.

Das Bedingungslose Grundeinkommen

Dem Projekt war von Anfang an bewusst, den Konflikt zwischen Vertretern und Gegnern des Bedingungslosen Grundeinkommens aufnehmen und einen Umgang finden zu müssen; diese Auseinandersetzung war schon durch die Zusammensetzung der Diskussionsgruppen gesichert gewesen. Sie war denn auch ständig präsent, allerdings wurde sie nicht eigens ausgetragen, jedenfalls nicht unmittelbar, da die Idee war, die Auseinander-

setzung auf ein gleichsam neutrales Terrain zu verlagern. Ohnehin sollte das Projekt einerseits eigenständige Gestaltungsvorschläge entwickeln, andererseits ist das BGE seit langem eine eigenständige und mittlerweile weltweite Kampagne.

Die Zeitfrage war daher auch darum attraktiv, weil die Zeit dieses neutrale „Terrain“ sein könnte, auf das sich der Konflikt verschieben ließe. Wir haben folgerichtig gefragt, was das BGE für das gegenwärtige Zeitregime und die Zeitökonomie bedeuten würde. Da das BGE die unmittelbare Bindung der individuellen Existenz an die Erwerbsarbeit aufbrechen und der existenziellen Unsicherheit und Prekarität, welche die aktuelle Situation nahezu weltweit beherrschen, entgegenwirken will, könnte das BGE zweifellos nicht nur eine der gesuchten gesellschaftlichen Bedingungen für die Stärkung individueller Autonomie sein, es hätte auch massive Auswirkungen auf die aktuelle Ökonomie der Zeit und das Zeitregime.

Darüber hinaus könnte das BGE auch und gerade für eine Erwerbsarbeitsgesellschaft notwendig werden, die sich auf eine Zeit nach der Vollerwerbsgesellschaft einstellen muss. Durch die beständige Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist deren tendenzielle Überflüssigkeit nicht nur denkbar, vielmehr begleiten die Überproduktion der Ware Arbeitskraft und eine Surpluspopulation den Kapitalismus seit Beginn an, von der „industriellen Reservearmee“ zu Marx' Zeiten bis zur heutigen „intellektuellen Reservearmee“ und dem „internationalen Prekariat“, und die große Herausforderung für zukünftige Gesellschaften könnte sein, das fortschrittliche Potenzial, das in der Produktivkraftsteigerung liegt, zu verwirklichen. Bislang hat die Produktivkraftsteigerung, die durch die Reduzierung von Arbeitszeit und Arbeitskräften bewirkt wird, auch deshalb nicht zur Umverteilung von Arbeitszeit und zur Entlastung von der Abhängigkeit von Arbeit und Einkommen geführt, weil die individuelle Kopplung von Erwerb und Einkommen nicht wirklich durchbrochen wurde und in den vergangenen Jahrzehnten sogar wieder enger und existenzieller geworden ist, vor allem durch den Umbau der Sozialsysteme und die Deregulierung von Arbeit und Kapital. Wie immer die Diskutant_innen auch zum BGE standen, Einigkeit bestand immerhin darin, dass der Weg in ein Jenseits der bisherigen Vollerwerbsgesellschaft über andere Formen der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und seiner Produktion führt.

Indes gab es neben der Rückverteilung und dem BGE auf der Ebene der materiellen und sozialen Sicherung noch einen dritten Ansatzpunkt, der die Funktion einer „gesellschaftlichen Bedingung“ (zur Stärkung individueller Autonomie) erfüllen könnte. Es ist ein auf den ersten Blick unscheinbarer Bereich, der allerdings enorm auf- und ausbaufähig wäre und dem zudem, obwohl er hier unter „materielle und soziale Sicherungen“ subsumiert wird, ein eingeständiger Charakter zukommt, nämlich die soziale Infrastruktur.

Soziale Infrastruktur

Die soziale Infrastruktur bietet sich in mehrfacher Hinsicht als zentraler Ansatzpunkt für eine solidarische Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse an. Zuerst, weil sie an eine lange Tradition und an den vielleicht zentralen Kampf der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen schlechthin anschließt, nämlich an die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Diese Idee ist allerdings nach der Erfahrung mit der Verstaatlichung

der Produktionsmittel im Realsozialismus weitgehend delegitimiert. Nicht delegitimiert hingegen und vielleicht sogar ökonomisch für eine soziale Marktwirtschaft produktiv ist die öffentliche Verwaltung und die demokratische Kontrolle derjenigen Bereiche, deren Privatisierung und Kapitalisierung sich gerade als problematisch erwiesen hat: die öffentliche und soziale Infrastruktur. Sie stellen nicht nur die allgemeinen Reproduktionsbedingungen für die Erwerbsarbeit und die Arbeitskräfte, aber auch für das Kapital zur Verfügung und sind Voraussetzung ihrer produktiven Verwertung. Diese produktive Aufgabe wird gerade infrage gestellt, wenn diese Infrastruktur derselben Logik der Verwertung, demselben Wachstumszwang und derselben Profitmaximierung folgt, ja, vielleicht entziehen sie sich z.T. sogar von sich aus dieser Logik. Jedenfalls ist es nicht allein ökonomisch sinnvoll, die soziale Infrastruktur zum Gegenstand demokratischer Diskussion zu machen und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen, es ist vor allem eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Teilhabe und Teilnahme.

Die soziale Infrastruktur bietet sich des Weiteren für eine Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse an, weil sie im Konflikt zwischen den erwerbsorientierten Ansätzen und der Kritik an der Erwerbszentrierung einen Kompromiss darstellen könnte. Sie könnte zusätzlich zum bedingungslosen Grundeinkommen hinzutreten, wie das von dessen Vertretern ohnehin konzipiert wird, wäre aber keine unmittelbar finanzielle Leistung, sondern könnte als Investition in die soziale Infrastruktur einerseits produktiv für die Reproduktion der Arbeitskräfte sein und diese Funktion andererseits mit einer Weichenstellung verbinden für einen Weg aus der unmittelbaren Kopplung von Erwerb und Einkommen. Die Entkopplung würde dabei an den lohnarbeitszentrierten Sozialversicherungssystemen ansetzen. Kurz gesagt, die soziale Infrastruktur könnte den Erwerbsarbeitsverhältnissen durch deren materielle Sicherungen zugute kommen und doch die Erwerbszentrierung aufbrechen. Diese Verbindung wäre eine Art Verlagerung des Konflikts, ein Ausweichen in einen Bereich, der durchaus den (Erwerbs-)Arbeitsverhältnissen und der Gleichstellung der Geschlechter zugute kommen würde, aber wie eine bedingungslose Grundsicherung analog dem bedingungslosen Grundeinkommen oder noch zusätzlich zu ihm gestaltet werden könnte.

Die soziale Infrastruktur könnte dadurch die oben angesprochene, nicht allein von kritischer Wissenschaft und linker Politik geforderte Umverteilung oder vielmehr Rückverteilung bewirken und dabei, wie ebenfalls gefordert, statt am bloßen Einkommen und der finanziellen Um- oder Rückverteilung an den dahinter stehenden Techniken und Mechanismen der gesellschaftlichen Aneignung und Umverteilung sowie an den Eigentumsverhältnissen ansetzen. Da die Rückverteilung und Neuausrichtung dieser Techniken und Mechanismen nicht direkt finanziell ausfallen, sondern über die Investition in die soziale Infrastruktur laufen würde, könnte die Rückverteilung bereits produzierten Reichtums mit dessen Produktion und vor allem mit den Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, aber auch des Kapitals verbunden werden.

Die soziale Infrastruktur ist des Weiteren auch darum interessant, weil sie in Richtung der mittlerweile breiter diskutierten Idee der Commons geht, also dem Interesse für das Gemeinsame, Öffentliche und Demokratische, dem Kampf um dessen Bewahrung, Rückeroberung und Erneuerung sowie darum, Commons unter den verän-

dernten Bedingungen erneut oder sogar allererst herzustellen. Die soziale Infrastruktur könnte einer der Bereiche sein, vielleicht sogar der Bereich schlechthin, in dem dieses Gemeinsame, Öffentliche und Demokratische zum Tragen kommt.

Die soziale Infrastruktur steht mehr als jeder andere Gestaltungsansatz an der Schnittstelle von Ökonomie einerseits und Politik andererseits. Sie steht vielleicht sogar an der Schnittstelle zwischen Politik und „dem Politischen“, versteht man unter dem Politischen jenes Gemeinsame, Öffentliche und Demokratische im Sinne der Commons, das es allererst herzustellen und ständig gegen Kommodifizierungen, Privatisierungen und Kapitalisierungen zu verteidigen gilt. Die soziale Infrastruktur käme damit auch der seit langem anhaltenden Abkehr von den Formen repräsentativer Politik und dem Bedürfnis nach neuen und unmittelbareren Formen der Teilhabe und Teilnahme entgegen und würde das Demokratische unmittelbar praktisch erfahrbar und anwendbar machen.

Doch die öffentliche und soziale Infrastruktur kommt nicht nur der Abkehr von repräsentativen Formen der Politik und dem Bedürfnis nach demokratischen Formen der Teilhabe und Teilnahme entgegen, die Aufwertung der Infrastruktur käme auch derjenigen Entwicklung entgegen, die Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre mit dem Umbruch in eine post-industrielle, post-fordistische Gesellschaft eingesetzt hat: Sie käme der Verlagerung von Arbeitskräften aus dem Bereich der industriellen Massenproduktion in den Bereich der gesellschaftlichen und individuellen Reproduktion entgegen, des Weiteren der Ausweitung dieser Reproduktion sowie dem quantitativen und qualitativen Bedeutungszuwachs immaterieller Arbeiten und Dienstleistungen; die soziale Infrastruktur könnte zudem der Kommodifizierung und Ökonomisierung in diesen Bereichen entgegenwirken. Der Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion ist, obwohl er nicht unmittelbar der stofflich-materiellen Warenproduktion und der Kapitalverwertung zu dienen scheint, dadurch produktiv, dass er eine bestimmte Ware (re-)produziert und produktiv in Kraft setzt, die entscheidende Ware schlechthin: die Ware Arbeitskraft selbst. Gerade die post-fordistische Produktionsweise kreist um die Produktion dieser für sie entscheidenden Ware, und gerade der Reproduktionsbereich der Ware Arbeitskraft wird durch immaterielle Waren und Dienstleistungen einerseits ausgeweitet und andererseits kommodifiziert: Wissen, Bildung und Kultur sorgen für die Qualifizierung der Arbeitskraft, die Gesundheits- und Care-Ökonomie sorgen für ihre individuelle geistige und körperliche Reproduktion, und einfache Dienstleistungen halten die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft niedrig (und mit ihnen die Kosten ihrer Anwendung und Verwertung für das Kapital). Mit der massenhaften Verlagerung von Arbeitskräften in den Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion und dessen Ausweitung und Kommodifizierung haben sich auch die sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfe in den Reproduktionsbereich verlagert. Die Diskussionen um „das gute Leben“, die Kämpfe um soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe: All das findet zunehmend nicht mehr im Herzen der Produktion und ihren Orten statt, die Kämpfe werden nicht mehr im Namen der Arbeit und von den großen Organisationen und Repräsentanten der Arbeit geführt, sondern haben sich in die Bereiche der Reproduktion verlagert. Sie haben sich mithin in diejenigen Bereiche des Sozialen und des Öffentlichen sowie der individuellen und der gesellschaftlichen Reproduktion verlagert, die einerseits kommodifiziert und finanzialisiert werden

und deren Ökonomisierung, Kommodifizierung und Finanzialisierung andererseits kritisiert wird.

Auch die verschiedenen im Projekt diskutierten Ansatzpunkte für eine solidarische Umgestaltung: die Arbeitszeitumverteilung, die sozialen Grundsicherungen, die Um- und Rückverteilung, die Idee der Commons, die Wiederaneignung des privatisierten und kommodifizierten öffentlichen Raums und das Bedürfnis nach Teilhabe und Teilnahme an demokratischen Prozessen, all das ließe sich am ehesten in der sozialen Infrastruktur miteinander verbinden. Kurzum, es ist vor allem die öffentliche und soziale Infrastruktur, die der gesuchten „gesellschaftlichen Bedingung“ (zur Stärkung individueller Autonomie) entspricht.

Was nun die konkreten Ansatzpunkte für die soziale Infrastruktur angeht, so sind im Projekt die oben bereits genannten drei Bereiche Bildung/Wissen/Kultur, Care-Arbeit/Gesundheit und Dienstleistungen besonders intensiv diskutiert worden:

- Nach dem Umbruch in die post-fordistische Produktionsweise sind ehemals in der industriellen Warenproduktion beschäftigte Arbeitskräfte zunehmend in diese drei Bereiche verlagert worden; diese Bereiche sind nicht nur weiterhin arbeitsintensiv, sie sind auch nur bedingt rationalisierbar. In der industriellen Massenproduktion werden zunehmend weniger Arbeitskräfte zur Produktion stofflich-materieller Waren benötigt, dafür findet zunehmend eine arbeitsintensive post-industrielle Massenproduktion immaterieller Waren und Dienstleistungen in den drei Bereichen statt, und die (re-)produzieren alle drei diejenige Ware, die gerade für die post-fordistische Produktionsweise entscheidend ist: die Ware Arbeitskraft selbst. Sie sorgen erstens für die Qualifikation der Ware Arbeitskraft, zweitens für ihre körperliche, geistige, soziale und kulturelle Reproduktion, und sie gehen drittens in ihre allgemeinen Verwertungsbedingungen und in ihre Reproduktionskreisläufe ein.
- Dieser Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion wurde dadurch einerseits ausgeweitet und gewann ökonomisch und politisch an Bedeutung, andererseits wurde der öffentliche, politische und soziale Charakter der Reproduktion zunehmend privatisiert, kommodifiziert und finanzialisiert. Die Arbeiten in diesem Bereich finden dadurch nicht nur warenförmig und unter Verwertungsbedingungen und Profitorientierung statt, die Arbeiten müssen auch in die Erweiterung der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion eingehen und dadurch billige Massenwaren und billige Leistungen produzieren. Dass die Arbeiten in diesem Bereich Teil der Warenproduktion und der Profitbildung sind und in die Reproduktionskosten und in den Massenkonsum eingehen müssen, ist der Hauptgrund dafür, dass sie unter prekären Verhältnissen stattfinden und durch eine Art Neo-Taylorismus und durch die neoliberalen Techniken des Selbst rationalisiert und effektiviert werden. Sie scheinen sogar unter diesen prekären und neoliberal restrukturierten Verhältnissen stattfinden zu müssen, damit sie neben den stofflich-materiellen Waren ebenfalls in die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion eingehen und bezahlbarer Teil der Reproduktionskosten werden können, ohne dass die Löhne steigen müssen. Kurzum, eine billige Massenproduktion findet nicht mehr nur in der stofflich-materiellen Warenproduktion statt, sondern auch in der immateriellen Warenproduktion in den Bereichen Wissen, Bildung und Kultur, Gesundheit/Care-Arbeit und Dienstleistungen.

Alle drei Entwicklungen: 1.) die zunehmende Zahl von Arbeitskräften in den drei weiterhin arbeitsintensiven Bereichen, 2.) die Erweiterung des Bereichs der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion durch deren Kommodifizierung, Finanzialisierung und Ökonomisierung sowie 3.) der prekäre Status der Arbeitsverhältnisse in diesen Bereichen – alle drei Entwicklungen haben dazu geführt, dass der Reproduktionsbereich zunehmend politisiert und der eigentliche Produktionsbereich eher entpolitisiert wurde. In den post-industriellen, post-fordistischen Gesellschaften stehen diese Bereiche aufgrund ihrer Arbeitsintensität mit vielen Beschäftigten bei relativer Rationalisierungsresistenz und aufgrund ihrer widersprüchlichen Stellung innerhalb der Verwertung sowie ihres prekären Status besonders im Mittelpunkt und wären für eine Umgestaltung und Integration in die soziale Infrastruktur besonders geeignet. Die solidarische Umgestaltung könnte vor allem an denjenigen Bereichen ansetzen, die zwar die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion erweitern, die aber durch ihre Kommodifizierung auch in die Kosten dieser Reproduktion eingehen und daher für den Großteil der Bevölkerung nur dann zum bezahlbaren Bestandteil ihrer Reproduktion werden können, wenn sie analog den stofflich-materiellen Waren als massenhaft billige immaterielle Waren und Dienstleistungen produziert und angeboten werden. Gerade die fortgeschrittenen post-industriellen Gesellschaften müssten indes diskutieren, ob nicht bestimmte Bereiche der Reproduktion dekommodifiziert und dem direkten Verwertungszwang und der Profitmaximierung entzogen werden sollten, ja, ob diese Bereiche sich diesen Mechanismen nicht gleichsam von sich aus entziehen und unter demokratischer Kontrolle und öffentlicher Verwaltung besser aufgehoben wären. Wenn es gelänge, den Bereich der individuellen und der allgemeinen gesellschaftlichen Reproduktion wieder stärker über die öffentliche Hand zu organisieren, könnte das auf eine zumindest indirekte Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse hinauslaufen.

Neben den drei besonders arbeitsintensiven und unmittelbar an die Arbeitskraft gebundenen Bereichen Wissen, Bildung und Kultur, Gesundheit & Care-Arbeit sowie Dienstleistungen wären die Bereiche Wohnen, Verkehr und Mobilität, Information und Kommunikation sowie Nahrungsmittel von Interesse. Auch sie gehören zum Bereich der Reproduktion und gehen in ihre Kosten ein, und auch sie könnten durchaus besser zum Gemeinwohl beitragen, wenn sie zumindest z.T. dem Verwertungszwang entzogen wären und demokratisch entschieden und öffentlich verwaltet würden.

Die genaue Finanzierung und Ausgestaltung muss anderswo diskutiert werden. Anspruch und Ziel ist jedenfalls, die soziale Infrastruktur und die sozialen Dienste wie Grundrechte, universelle Bürgerrechte oder eine Bürgerversicherung zu garantieren (z.B. Recht auf Mobilität, Recht auf Gesundheitsversorgung, Recht auf Wohnraum, freier Zugang zu und unbeschränkte Teilhabe an allen kulturellen, physischen und immateriellen Ressourcen, Informationen und Kommunikationsmitteln). Dann könnte die soziale Infrastruktur bedingungslose und universale (Grund-)Sicherungen und Absicherungen nach dem Prinzip der Commons bereitstellen: Vergesellschaftung der öffentlichen Bedingungen für die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion (mit hin auch für die Produktivität der Arbeitskraft) durch freien Zugang, universelle Teilhabe und produktives Teilen und Beitragen. Das zielt zwar nicht direkt auf eine Regulierung der Arbeitsverhältnisse, aber auf eine (Grund-)

Sicherung und Absicherung ihrer Reproduktionsbedingungen. Vielleicht eröffnet es sogar einen „dritten Weg“ jenseits von Staat und Markt.

Wir haben uns im Projekt besonders intensiv „The Greek Experiment“ angesehen: die praktischen Erfahrungen im Aufbau einer sozialen Infrastruktur durch Projekte wie Solidarity4all. Die Erfahrungen in Griechenland (ähnliche Versuche gibt es aber auch in anderen Ländern) sind zwar besonderen Umständen geschuldet und müssen nicht wegweisend und Vorbild für den Aufbau einer sozialen Infrastruktur sein; sie können aber zweifellos der Orientierung dienen und enthalten mindestens vier verallgemeinerbare Elemente:

Die soziale Infrastruktur entspricht dem Bedürfnis, das sich in den aktuellen gesellschaftskritischen Diskussion abzeichnet und geradezu den Fluchtpunkt verschiedener Diskussionen und politischer Kämpfe bildet: Politisierung der Ökonomie und von Fragen der Reproduktion im Allgemeinen und der materiellen Grundsicherung im Besonderen.

Die soziale Infrastruktur sichert die individuelle und gesellschaftliche Reproduktion vor allem durch Umverteilung und kostenlose Sicherung und vor allem für diejenigen, die am stärksten von der Krise und von Prekarität betroffen sind. Diese Struktur greift aber zumindest indirekt auch auf die Produktion über und könnte zur ihrer teilweisen Neuausrichtung führen, und sie ließe sich ausweiten auf die Bevölkerung insgesamt. Sie bildet eine Form der demokratischen Teilhabe und Teilnahme „zwischen“ oder gar jenseits von Staat und Markt.

Sie ermöglicht diese Teilhabe und Teilnahme auf der lokalen Ebene, sie nutzt zugleich die neuen technischen Möglichkeiten der überregionalen, letztlich globalen Vernetzung, und sie interagiert in beiden Fällen mit den sozialen Bewegungen und politischen Initiativen.

Ordnet man die soziale Infrastruktur in eine große geschichtliche Entwicklung und „Erzählung“ ein, so könnte sie vielleicht zukünftig an die Stelle des klassischen Sozialstaats der keynesianisch-fordistischen Nachkriegszeit treten und Zug um Zug Bereiche der sozialen Grundsicherung übernehmen. Das würde bestimmte Güter und Leistungen zumindest z.T. von der Ware-Geld Beziehung entkoppeln, dekommodifizieren und der Profit- und Verwertungslogik entziehen. Zudem wären der Zugang und die Teilhabe nicht von der Zugehörigkeit zum jeweiligen Nationalstaat und von den individuellen Leistungen und Einzahlungen in die Sozialsysteme abhängig; ganz abgesehen davon, dass die soziale Infrastruktur zum Gegenstand der gemeinsamen Teilnahme und der demokratischen Entscheidung und Verwaltung werden könnte. Damit wäre sie eine Antwort auf diejenigen Kritiken, die der fordistisch-keynesianische Sozialstaat aus ganz entgegengesetzten Richtungen erfahren hat: Für die Befürworter seines neoliberalen Umbaus war er nicht finanzierbar und musste zumindest durch Elemente der Aktivierung und Förderung neu ausgerichtet werden, für die „post-fordistische“ Linke und Teile der sozialen Bewegungen hatte er einen disziplinierenden und entmündigenden Charakter sowie ausschließende Zugänge. Zudem stimmen beide Seiten zumindest darin überein, dass die klassischen Formen der sozialen Sicherung gegenüber den neuen Formen entgrenzter, atypischer Arbeit, den neuen Möglichkeiten der Informationstechniken und den gestiegenen Ansprüchen an demokratische Öffentlichkeit unzeitgemäß sind.

Die soziale Infrastruktur könnte durch den neuen Umgang mit der Zeit auch zum Anbrechen eines neuen Zeitalters führen. Nach der „Zeit der Langeweile“, die zunächst die normierende und homogenisierende Regulierung und Verwaltung des fordistisch-keynesianischen Sozialstaates in der Nachkriegszeit kennzeichnete, und nach der „Zeit der Unsicherheit, der Prekarität und des Risikos“, die durch den neoliberalen Umbau des Staates, die Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse und die Entfesselung des Finanzmarktkapitalismus an die Stelle der Langeweile getreten ist, könnte der selbst-organisierte Aufbau sozialer Infrastruktur die „Zeit der Aneignung des öffentlichen Raumes und der Grundsicherungen“ werden – um auf diese Weise die Zeit selbst anzueignen.

um koordinierte und gezielte, auch neuartige Intervention in bestehende Diskurse oder zu bestimmten Anlässen. Im Hinblick auf die Zeitfrage würde das bedeuten, ein Problembewusstsein zu schaffen oder zu fördern, bestimmte Diskussionen anzustoßen, bestehende zu beeinflussen und über solche Interventionen langfristig wirksam zu werden.

Diese Interventionen können inhaltlich durchaus uneinheitlich und sogar widersprüchlich ausfallen, wenn sie in Form einer Kontroverse initiiert werden. Für das Projekt hieße das, in diese Kontroverse den übergreifenden Universalismus, der geradezu in der Verbindung von Arbeit und Zeit steckt, einzuführen und auszutragen so bestimmte Differenzen auf ein gemeinsames Thema zu verpflichten (wobei die Kontroversen durch ihren – eben: kontroversen – Charakter selbst langfristig wirksam werden könnten). Wenn es nicht allein die richtigen Inhalte sind, die im Diskurs entscheidend und wirksam sind, dann ist es ohnehin nicht unbedingt notwendig, eine einheitliche und geschlossene Position zu präsentieren. Vielmehr sind Kontroversen nicht nur geschickter, sondern als Ausdruck ebenso unabgeschlossen-heterogener wie aktueller Diskussionen auch redlicher. Im Hinblick auf die Zeitfrage und die verschiedenen Gestaltungsentwürfe könnte das zum einen heißen, die Erwerbsarbeit nicht unmittelbar ins Zentrum der Zeitfrage und der Gestaltungsentwürfe zu stellen, sondern eher von individuellen Lebenserfahrungen, von Bedürfnissen und Praxen und von aktuellen sozialen Auseinandersetzungen auszugehen (die ja Arbeit und Produktion zunehmend von der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion her thematisieren). Zum anderen könnte es darum gehen, diese Ausgangspunkte zur Initiierung einer Kontroverse zu bestimmten Gelegenheiten und innerhalb bereits bestehender gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu nutzen, zumal sich trotz des universellen Charakters der Zeit ohnehin kein „archimedischer“ Punkt für einen Ansatz abzeichnete, vielmehr eine Reihe von Entwürfen zur Diskussion standen – die z.T. in der Tat kontrovers diskutiert wurden.

Solche Interventionen wären nun die Aufgabe aller einzelnen am Projekt direkt und indirekt Beteiligten. Damit sind auch die Herkunftsorganisationen angesprochen, die „hinter“ den Beteiligten der einzelnen Diskussionsgruppen stehen (Universitäten, Parteien, Gewerkschaften, politische Gruppen und Initiativen, Medien), dann das Institut Solidarische Moderne, in dessen Rahmen das Projekt stattfand, sowie die Stiftungen, die das Projekt finanziert haben. Die unmittelbar Beteiligten müssten die Ergebnisse sowohl in ihre jeweiligen Herkunftsorganisationen als auch in ihre eigenen politischen Auseinandersetzungen zurücktragen, um auf diese Weise mit den Ergebnissen weiterzuarbeiten. Die operativen Begrenzungen organisatorisch-logistischer Art, zu denen das vorliegende Projekt im Verlauf der Durchführung aufgrund seiner Größe und Komplexität genötigt war, könnten dadurch wieder ausgeglichen werden: Das Projekt würde sich dann mit seinen Diskussionsergebnissen gleichsam selbst in eine Intervention zurücknehmen.

13 Zeitgemäße Formen eines Kampfes um die Zeit: Die (kontroverse) Intervention

Das Innovative des Projekts bestand darin, ein neues dialogisches Verfahren zu konzipieren, das zum einen auf die fragmentierte Situation in Wissenschaft und Politik und zum anderen auf die Situation eines anstehenden, aber nicht eintretenden Umbruchs reagiert. Die Heterogenität der Diskussionsgruppen bei gleichzeitig kontinuierlichen Diskussionen sowie die Aufgabenteilung bei gleichzeitigem Durchlaufen gemeinsamer Phasen hat – zumindest z.T. – die Hoffnung erfüllen können, eine fragmentierte Wissenschaft und eine fragmentierte Politik temporär zusammenzubringen und die Fragmentierung in die Stärke unterschiedlicher Expertisen und Perspektiven im Sinne einer Mosaik-Linken zu wandeln.

Doch wie kann nun eine zeitgemäße Form für das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik aussehen, wenn beide schon jeweils für sich mit einer fragmentierten Situation zu kämpfen haben und zudem noch gleichermaßen mit einem toten Punkt konfrontiert sind? Wie kann das Projekt, das doch gerade aufgrund dieser unbefriedigenden Situation als kontinuierlicher Dialog und als Grenzgang zwischen Wissenschaft und Politik angelegt war, über das Projekt hinaus eine Form für seine inhaltlichen Ergebnisse finden, wenn die Situation doch unverändert ist und auf sie letztlich, bei aller Kritik, Rücksicht genommen werden muss?

Hier haben wir eine erste Möglichkeit gefunden und diskutiert. Sie trägt zum einen den veränderten Bedingungen in der Politik und in der (Medien-)Öffentlichkeit im allgemeinen und der fragmentierten Situation aufseiten der kritischen Wissenschaft wie aufseiten linker Politik im besonderen Rechnung sowie den neuen, ereignis- und eventhaften Formen der Kommunikation und Diskurspolitik. Zum anderen berücksichtigt sie die Möglichkeiten des Projekts und seiner Beteiligten, die ja in erster Linie aus ihren Herkunftsorganisationen heraus wirksam sein können. Es ist die Intervention.

Die Idee der Intervention ist es, die Linearität der Beziehung von Wissen und Politik zu durchbrechen und sich dabei sowohl auf Heterogenität in Wissenschaft und Politik einzustellen als auch einen längerfristig angelegten Grenzgang zu erreichen. Statt einer direkten, linearen Übersetzung der Wissensproduktion und abgeschlossener, gesicherter Ergebnisse in die politische Öffentlichkeit und in die praktische Umsetzung geht es